Erſcheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.
Poſtſendungen
franko gegen franko
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz koſten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutſchen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen ſchweizeriſchen Poſtbureaux, ſowie beim Verlag und deſſen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutſchland (Couvert)
fl. 1.70 für Oeſterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpoſtvereins (Kreuzband).
Inſerate
die dreigeſpaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 6. Donnerſtag, 5. Februar 1885.

Avis an die Abonnenten und Korreſpondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" ſowohl in Deutſchland als auch in Oeſterreich verboten iſt, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden ſich alle Mühe geben, unſere Verbindungen nach jenen Ländern möglichſt zu erſchweren, reſp. Briefe von dort an uns und unſere Zeitungs- und ſonſtigen Speditionen nach dort abzufangen, ſo iſt die äußerſte Vorſicht im Poſtverkehr nothwendig und darf keine Vorſichtsmaßregel verſäumt werden, die Briefmarder über den wahren Abſender und Empfänger, ſowie den Inhalt der Sendungen zu täuſchen, und letztere dadurch zu ſchützen. Haupterforderniß iſt hiezu einerſeits, daß unſere Freunde ſo ſelten als möglich an den „Sozialdemokrat", reſp. deſſen Verlag ſelbſt adreſſiren, ſondern ſich möglichſt an irgend eine unverdächtige Adreſſe außerhalb Deutſchlands und Oeſterreichs wenden, welche ſich dann mit uns in Verbindung ſetzt; andererſeits aber, daß auch uns möglichſt unverfängliche Zuſtellungsadreſſen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt ſich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Koſten ſcheuen um trotz aller entgegenſtehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unſeren Abonnenten möglichſt regelmäßig zu liefern.

Parteigenoſſen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Geſammtabſchluß der Fonds.

Kaſſenbeſtand am 1. Oktober 1884	Mk.	4,453 41
Geſammt-Einnahmen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1884	„	23,961 91
	„	28,415 32
Geſammtausgaben vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1884	„	21,734 26
Kaſſenbeſtand am 1. Januar 1885	„	6,681 06

Am 1. Februar 1885.

Der Beauftragte.

Berichtigung.

Unter Stettin ſind im November irrthümlich quittirt 20 Mk. ſtatt 30 Mk. Einnahme.

Ueber „prinzipielle Fragen."

Die Thatſache, daß in der Frage der Dampferſubvention die Meinungen unter den Abgeordneten und wohl auch unter den Genoſſen auseinandergehen, hat verſchiedentlich zu Erörterungen darüber geführt, ob wir es hier mit einer prinzipiellen Frage zu thun haben oder nicht, da für den erſteren Fall der Kopenhagener Kongreß den Abgeordneten eine einheitliche Abſtimmung zur Pflicht macht.

Es iſt nun heute nicht unſere Abſicht, über dieſe ſpezielle Frage ein Urtheil abzugeben, ſondern wir wollen lediglich einige allgemeine Betrachtungen darüber anſtellen, wann und in welchem Sinne wir überhaupt von Prinzipienfragen zu ſprechen haben.

Man kann nämlich in dieſer Beziehung die Grenze ſowohl ſehr weit als auch ſehr eng ziehen, und Beides mit ganz plauſibler Argumentirung. Geräth man aber in dem einen Falle in die Gefahr, jede feſte Richtſchnur zu verlieren und einer Weitherzigkeit das Wort zu reden, die jeder Charakterloſigkeit Vorſchub leiſtet, ſo lauert auf der anderen Seite, wie ſchon ganz richtig hervorgehoben wurde, die Gefahr des Sektirerthums oder — wie man es auch nennt — des Doktrinarismus.

Beide Extreme haben etwas ungemein Verführeriſches für ſchwache Geiſter: beide erſparen die Mühe ſelbſtändigen Denkens. Es gehört weder viel Muth noch viel Witz dazu, ſich als ſittenſtrenger Cato in den Mantel des „Prinzipes" zu hüllen und mit ſouveräner Verachtung auf die ſchnöde Welt der „Reformler" herabzublicken; ebenſowenig aber iſt es ein Kunſtſtück, bei jeder Frage, wo ein offenes Nein Unannehmlichkeiten herbeiführen könnte, eine „gute Seite" herauszufinden, die ein bedingtes Ja geſtattet, ſintemalen eben jedes Ding ſeine zwei Seiten hat.

Im Vorbeigehen ſei bemerkt, daß auch hier das „Die Extreme berühren ſich" ſeine Anwendung findet. Steigt ſo ein Cato einmal von der Höhe ſeiner „prinzipiellen" Negation herab, ſo kann man ſicher ſein, ihn auf der Seite der weitherzigſten Kompromißler zu finden, während dieſe, ſobald ſie ſich vor die Nothwendigkeit geſtellt ſehen, in einem ernſthaften Konfliktsfall Farbe zu bekennen, ſich ſchleunigſt hinter das „Prinzip" zu verkriechen pflegen.

Uns imponiren daher die Einen ſo wenig als die Anderen, und ein ernſthafter Kämpfer iſt uns, ſelbſt wo er irrt, zehntauſendmal lieber als alle „Unfehlbaren" des „Prinzips" und alle „Praktiker" der Theorie des „Mitnehmens". Aus demſelben Grunde machen auch die beliebten Schlagworte, wie „radikal" und „gemäßigt", an ſich ſehr wenig Eindruck auf uns. Hinter ihnen kann ſich alles Mögliche verſtecken.

Gemäßigt iſt ſchließlich Jeder, der in ſeinem Auftreten beſtimmten Normen folgt, anſtatt ſeiner Laune und ſeinen Einfällen nachzugehen. Gemäßigt ſein iſt nicht gleichbedeutend mit ſchwächlich ſein, wiewohl ſich natürlich oft hinter angeblicher Mäßigung Feigheit und Schwäche verbirgt.

Wir haben das vorausgeſchickt, um von vornherein jedes Mißverſtändniß über den Zweck dieſer Erörterungen auszuſchließen. Wir wollen nicht Schlagworte ausgeben, ſondern falſche bekämpfen.

Kommen wir zum Thema ſelbſt. Von einigen Genoſſen iſt die Anſicht ausgeſprochen worden, es könne nur da von prinzipiellen Fragen mit bindender Kraft die Rede ſein, wo es ſich um Sätze unſeres Programms handle.

Wir halten dieſe Auffaſſungen für durchaus verfehlt. Ueber unſer Programm wird in den geſetzgebenden Körpern nicht verhandelt, es wäre daher, wenn ſie allgemein Geltung erhielte, was allerdings nicht zu befürchten iſt, von einer ſachlichen Garantie für ein einheitliches Vorgehen unſerer Vertreter kaum die Rede. Das Mandat erhielte einen perſönlichen Charakter.

In den bürgerlichen Parteien iſt das ja vielfach der Fall. Ganz abgeſehen von den berufsmäßigen Ordnungsmiſchmaſch-Kandidaten finden wir in allen geſetzgebenden Körpern eine Reihe von „Volksvertretern", die weder als Vertreter von Partei-, noch ſelbſt von Gruppenintereſſen, ſondern lediglich auf Grund ihres perſönlichen Einfluſſes in dieſem oder jenem Wahlkreiſe gewählt worden ſind. Dahin gehören die Lokalgötter aller Art, Landräthe, Profeſſoren, Großinduſtrielle, Großgrundbeſitzer ꝛc.

Für Parteien, welche den Klaſſenkampf leugnen, mögen ſolche Vertreter ganz annehmbar ſein, für die Sozialdemokraten ſind ſie es nicht. Sie muß unter allen Umſtänden darauf halten, daß ihre Abgeordneten als Vertrauensmänner der Partei gewählt werden und als ſolche der Diſziplin der Partei unterſtehen. Das perſönliche Moment, das ſich allerdings nie ganz ausmerzen laſſen wird, muß hinter dem ſachlichen zurückſtehen.

Wenn nun aber das Programm als Richtſchnur für das öffentliche Wirken unſerer Partei nicht ausreicht, was dann?

„Wie will man ein für alle Fälle giltiges Merkzeichen finden für das, was eine prinzipielle Frage iſt oder nicht?" So ſchrieb uns jüngſt ein Genoſſe aus dem Reich.

Wir glauben ein ſolches Merkzeichen angeben zu können.

Es iſt der Klaſſencharakter und die durch ihre hiſtoriſche Entwickelung bedingte politiſche Stellung unſerer Partei.

Ueber den Klaſſencharakter unſerer Partei ſind wohl kaum Meinungsverſchiedenheiten vorhanden. Wir ſind die Vertreter der Intereſſen der Arbeiterklaſſe, ihrer Intereſſen gegenüber den ausbeutenden Klaſſen. Unſere Partei fußt auf der Erkenntniß des Gegenſatzes dieſer Intereſſen, auf der Erkenntniß, daß in demſelben Verhältniß, in denen in der bürgerlichen Geſellſchaft der Reichthum produzirt wird, auch das Elend produzirt wird, daß das Anwachſen des ſogenannten Nationalreichthums, das heißt des Reichsthums der Ausbeuterklaſſe, zur nothwendigen Ergänzung das Anwachſen der Maſſenarmuth hat.

Aber dieſer Klaſſenkampf kann nur richtig beurtheilt werden, wenn er als ein Ergebniß der hiſtoriſchen Entwicklung aufgefaßt wird; und aus dieſer hiſtoriſchen Entwicklung ergibt ſich unſere Stellung all' den Fragen gegenüber, in welchen der Klaſſencharakter der bürgerlichen Geſellſchaft nicht offen zu Tage tritt. Hiſtoriſch betrachtet iſt die Arbeiterklaſſe die Erbin, die Nachfolgerin der Bourgeoiſie und muß daher naturgemäß Gegnerin aller der Reſte der feudalen Geſellſchaft ſein, welche ſich in die heutige Geſellſchaft gerettet haben.

Unſer Programm ſagt z. B. nichts von Fideikommiſſen, und doch müſſen wir dieſelben naturgemäß bekämpfen, obwohl wir ſehr gut wiſſen, daß die Mobiliſirung des Grundbeſitzes keineswegs die wohlthätigen Folgen hat, welche die Vertreter des Bürgerthums davon verſprechen.

Unſer Programm ſagt nichts vom Staat, nur indirekt greift es ihn an, indem es ſagt, daß wir den „freien Staat und die freie Geſellſchaft" erſtreben, und die Einrichtungen aufzählt, welche wir als „Grundlagen des Staates" fordern. Damit iſt jedoch unſere Stellung dem heutigen Staat gegenüber nur ſehr mangelhaft gekennzeichnet, die Frage der heutigen Verſtaatlichungen zum Beiſpiel gar nicht berührt. Vom Standpunkt des Klaſſenkampfes aus jedoch ſtellt ſich uns der heutige Staat dar als der Staat der herrſchenden, d. h. der ausbeutenden Klaſſe, woraus ſich naturgemäß ergibt, daß uns ſeine Verſtaatlichungen zum Mindeſten ſehr gleichgiltig bleiben könnten, wenn nicht unſer politiſches Verhältniß zu ihm uns zur offenen Gegnerſchaft nöthigt.

Unſer Programm ſpricht von der „einen reaktionären Maſſe". Aber wir ſehen dieſe eine Maſſe ſehr uneinig, heftige Kämpfe mit einander ausführend. Wie ſollen wir uns bei dieſen Kämpfen verhalten? Aus dem Programm wie aus dem Standpunkt des Klaſſenkampfes, abſolut genommen, ergibt ſich höchſtens ein Zuſchauen mit verſchränkten Armen. Sobald wir aber den hiſtoriſchen Charakter unſerer Bewegung in Betracht ziehen, ergibt ſich auch, wann und wo wir in dieſen Kämpfen einzugreifen haben.

Unſer Programm ſagt nichts über die Frage der Auswanderung. Der Klaſſenkampf aber ſagt uns, daß die Auswanderung nur ſcheinbar die Lage der Zurückgebliebenen verbeſſert, in Wirklichkeit vielmehr ausſchließlich zur Verlängerung ihrer Knechtſchaft beiträgt, alſo ſobald ſie ſyſtematiſch betrieben wird, bekämpft werden muß.

Wir könnten der Beiſpiele noch viele anführen, aber wir glauben, die angeführten genügen.

Es iſt auch die Aeußerung gefallen: „Unſere Partei kennt überhaupt nur prinzipielle Fragen." Das klingt ſehr einleuchtend. Aber es hilft uns keinen Schritt weiter, wenn nicht hinzugefügt wird, woran ſie das Prinzip der Freiheit erkennt.

Nehmen wir z. B. die Frage der ſtaatlich organiſirten Auswanderung. Wo ſteckt da das Prinzip? Wir machen uns anheiſchig, ebenſoviel Gründe für wie dagegen anzuführen, wenn man uns geſtattet, den Sozialismus als eine reine Humanitätsfrage zu behandeln. Das Für aber werden wir hübſch bleiben laſſen, wenn wir den Klaſſenkampf und die hiſtoriſche Aufgabe der Arbeiterklaſſe dabei zu berückſichtigen haben.

Freilich aber gibt es auch eine Anzahl Fragen, die in der That einen prinzipiellen Charakter nicht tragen oder ihn zum Mindeſten ſehr zweifelhaft laſſen. Wir nennen nur eine: die Frage des Impfzwanges. Je nachdem Jemand die perſönliche Freiheit über das Intereſſe der Geſammtheit ſtellt, vorausgeſetzt, daß er nicht überhaupt Gegner des Impfens iſt, wird er hier ein prinzipielles Eintreten für oder gegen den Impfzwang für geboten halten. Für die Partei als ſolche iſt die Frage aber höchſt indifferent.

Daſſelbe iſt bei vielen — nicht bei allen — Ausgaben für ſogenannte Kunſt- und Wiſſenſchaftszwecke der Fall.

In der Auffaſſung des Sozialismus als theoretiſchem Ausdruck des Klaſſenkampfes der modernen Proletarier gegen die Ausbeuterklaſſe, in der Auffaſſung dieſes Kampfes und ſeiner Ziele als Ergebniß der hiſtoriſchen Entwicklung, und in der praktiſchen Anwendung dieſer Erkenntniß beruht der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie, liegt nach unſerer Anſicht die ſicherſte Richtſchnur zur Beurtheilung aller Fragen, vor welche die Partei ſich geſtellt ſieht.

Leo.

Briefe aus der Reichshauptſtadt.

Berlin, 30. Januar.

Rechtfertigung des Meuchelmords ſoll es nach reaktionären Auslaſſungen ſein, daß der „Sozialdemokrat" in einer ſeiner letzten Nummern das Attentat auf den Frankfurter Polizeirath Rumpf nicht voller Entrüſtung verurtheilt, nicht Abſcheu vor der That zu erkennen gegeben habe.*)

Nein, meine Herren, „Rechtfertigung" war das nicht. Einen Menſchen des Lebens berauben, iſt eine Handlung, die wir unter keinen Umſtänden für berechtigt halten. Wir ſprechen ſogar dem Staate das Recht ab, irgend ein Individuum zu tödten, und bekämpfen deshalb die Todesſtrafe als eine durch nichts zu rechtfertigende Barbarei. Noch weniger als der Staat kann ein einzelner Menſch das Recht haben, ein Weſen ſeines Gleichen des Lebens zu berauben.

Das iſt ſo klar, iſt eine ſo handgreifliche Konſequenz unſeres Programmes und iſt von unſeren Parteivertretern ſo oft ausgeſprochen worden, daß es überflüſſig wäre, hier noch des Längeren dabei zu verweilen.

Aber die Intereſſenkonflikte, die aus den ſtaatlichen und geſellſchaftlichen Verhältniſſen wachſen, und überhaupt die menſchlichen Leidenſchaften bringen es mit ſich, daß — von den politiſchen Maſſenſchlächtereien, genannt Kriegen, ganz abgeſehen — in nicht ſeltenen Fällen Menſchen das Leben von Mitmenſchen zerſtören, Mord und Todtſchlag begehen.

In ſogenannten geordneten Staaten werden die Urheber der Morde und Todtſchläge vor Gericht geſtellt und die Richter haben über jeden einzelnen Fall zu urtheilen.

Wenn nun auch das politiſche Moment vollſtändig aus dem Spiele bleibt, ſo ſtellt ſich bei Beurtheilung dieſer Verbrechen — gebrauchen wir der Kürze halber dieſen Ausdruck — ſofort heraus, daß dieſelben ſehr verſchiedenen Motiven entſprungen und dementſprechend ihrer moraliſchen Qualität nach ſehr verſchieden zu beurtheilen ſind.

Ein junger Mann, der einem Nebenbuhler in wildem Zorn, aber immerhin in juriſtiſchem Sinn mit Vorbedacht, den Dolch ins Herz ſtößt, wird von keinem zurechnungsfähigen Richter auf gleiche Stufe geſtellt werden mit einem Banditen, der für Geld gemiethet oder um ſchnöden Raubes willen, einen friedlichen Wanderer erſticht.

Die Handlungen ſind an ſich genau dieſelben; die Motive ſind aber verſchieden; und die Verſchiedenheit der Motive macht das letztere Verbrechen zu einem gemeinen, während das erſtere auch von dem ſtrengſt geſetzlichen Richter, der ſich menſchliches Gefühl bewahrt hat, nicht als eine gemeine, nicht als eine ehrloſe Handlung betrachtet werden kann.

Wer will die That des alten Galotti (in „Emilia Galotti") eine „gemeine" nennen?

Wir führen gerade dieſes Beiſpiel an, weil wir zeigen wollen, daß es gar nicht des Eintretens der Politik bedarf, um einen Gegenſatz zwiſchen gemeinen und nichtgemeinen Verbrechen zu ſchaffen.

Der gemeine Verbrecher iſt ein Gegenſtand der Verachtung — ſoweit das Nachdenken über die Urſachen, welche ihn zum Verbrecher gemacht haben, die Verachtung nicht in Mitleid umwandelt.

Der nichtgemeine Verbrecher flößt uns Gefühle der Sympathie ein und geht unſerer Achtung nicht verluſtig.

Welcher Richter wird das Herz haben, einen Mann, der den Verführer ſeiner Tochter, den Vernichter ſeiner Exiſtenz wie einen tollen Hund niederſchießt, als gemeinen Mörder zu behandeln?

Haben wir es nicht neulich in Frankreich erlebt, daß ein Weib, welches den Meuchelmörder ihres guten Rufes tödtete, von den Geſchworenen unter dem Beifall der Nation freigeſprochen worden iſt?

Haben wir es nicht vor einigen Jahren in Rußland — man merke auf: in Rußland! — erlebt, daß das Gericht unter dem Jubel des Publikums die Heldin eines Mordverſuches freiſprach, weil dieſe den Beweis lieferte, daß ſie durch grauſame, ſyſtematiſche Verfolgungen zu der That, als zu einem verzweiflungsvollen Erlöſungsakt, gedrängt worden war?

Wir meinen die Freiſprechung der Wera Saſſulitſch, die ſeinerzeit ein vielleicht noch größeres Aufſehen erregte als neuerdings die

---

*) In der Reichstagsſitzung vom 31. Januar meinte Puttkamer, daß er zwar den Verfaſſer des betreffenden Artikels nicht kenne, aber ſeine „beſondere Vermuthung" darüber habe. Wie ſchade, daß ſeine Exzellenz ſich nicht deutlicher auszudrücken beliebte!

Freiſprechung der Madame Clovis Hugues und, wie geſagt, von allen menſchlich Fühlenden mit Jubel begrüßt wurde.

Aus Deutſchland iſt uns augenblicklich kein paralleles und kein ebenſo ſchlagendes Beiſpiel gegenwärtig. Wir beziehen uns aber auf die zahlreichen Fälle, in denen vornehme oder doch den ſogenannten gebildeten Ständen angehörige Duellanten, die ihre Gegner erſchoſſen oder erſtochen haben, von deutſchen Schwurgerichten zu minimen Strafen verurtheilt worden ſind, die obendrein hintennach noch häufig zum größten Theil erlaſſen wurden. Und doch iſt die Erſchießung oder Erſtechung eines Menſchen im Duell kein einfacher, im Affekt begangener Todtſchlag, ſondern, weil mit Vorbedacht ausgeführt, ein Mord in der vollſten, juriſtiſchen Bedeutung des Wortes.

Allein kein Richter betrachtet den Duell-Mörder als einen gemeinen Verbrecher, und ſo ſehr wir das Duell auch verurtheilen, ſo können wir dieſe Auffaſſung nur billigen, weil — der Regel nach — bei dem Duellmord kein gemeines Motiv vorliegt.

Wer kennt nicht Schiller's „Verbrecher aus verlorener Ehre"?

Und wenn Richter und Geſchworne unter dem Drucke eines höheren menſchlichen Rechtsgefühles ſchon oft Mörder haben freiſprechen müſſen, weil dieſe durch namenloſe Verfolgungen zur That förmlich gepeitſcht wurden — wie will man es da uns verargen, daß wir einen Mord, begangen an einem Schurken dafür, daß er Hunderte, Tauſende von Menſchen auf's Schmählichſte verfolgt und eine ganze, die edelſten Ziele erſtrebende Partei auszurotten verſucht hat — wie will man es uns verargen, daß wir einen ſolchen Mord nicht als ein gemeines Verbrechen betrachten und für die Motive der That ſowie für die Thäter nicht die Bezeichnung: ehrlos haben?

Nicht gerechtfertigt haben wir die That, wir haben ſie erklärt, wir haben ſie — wie das ſeinerzeit dem Mörder Carey's gegenüber ſeitens der konſervativen „Saturday Review" geſchehen iſt — wir haben ſie auf Motive zurückgeführt, welche den Thäter nicht der menſchlichen Sympathie und Achtung unwürdig machen.

Und wir haben endlich die Verantwortlichkeit für die That auf das herrſchende Schandſyſtem gewälzt, welches den Polizeirath Rumpf zu dem gemacht hat, der und was er war.

Und damit haben wir Recht gehabt.

⁂

Soeben wird aus ſicherer Quelle — die auf den preußiſchen Regierungspräſidenten des Kreiſes Wiesbaden (wozu Frankfurt gehört), Herrn von Wurmb, zurückzuführen iſt — die Mittheilung gemacht, in einer heute Nachmittag abgehaltenen Sitzung des preußiſchen Staatsminiſteriums ſei der, auf Veranlaſſung des Frankfurter Polizeipräſidenten Hergenhahn geſtellte Antrag, über Frankfurt und Umgegend den kleinen Belagerungszuſtand zu verhängen, abgelehnt worden, und zwar hatten ſich u. A. Herr von Wurmb, der zugegen war, Graf Eulenburg und Herr von Puttkamer dagegen ausgeſprochen! —

Unter den Berliner Konſervativen herrſcht etlicher Krakehl, der in der Hauptſache darauf zurückzuführen iſt, daß verſchiedene Lokalgrößen, die in der Straßendemagogie zu weit gegangen, höheren Orts mißliebig geworden ſind, aber im Bewußtſein ihrer großartigen „Verdienſte" ſich nicht abſchütteln laſſen wollen. Eine größere Bedeutung hat dieſer Bedientenſtreit nicht, im gegebenen Moment werden ſich die edlen Seelen ſchon wiederfinden.

Erwähnt ſei nur, daß der biedere Liebermann von Sonnenberg, der nie ſchnell genug bei der Hand ſein kann, wenn es gilt, die Berliner Arbeiter zu verdächtigen, weil ſie Paul Singer gewählt, daß dieſer Ehrenſcheinritter ſich echt ritterlich auf die Seite geſchlagen, wo die Geldmächte der Fraktion: die Manufakturwaarenhändler Rud. Herzog Vater und Sohn zu finden ſind.

Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles! Ach, wir armen — Ritter!

Sozialpolitiſche Rundſchau.

Zürich, 4. Februar 1885.

— Der ruſſiſch-preußiſche Auslieferungsvertrag, deſſen Abſchluß und Inhalt wir bereits in voriger Nummer berührt haben, iſt nach verſchiedenen Seiten hin eine Monſtroſität. Zunächſt fehlt in demſelben jede Definition der Verbrechen, welche die Behörden zur Auslieferung berechtigen oder verpflichten. Einige Verbrechen werden allerdings aufgezählt, hintennach heißt es aber, daß wegen jedes Verbrechens, das eine der beiden Vertrags-Regierungen zur Stellung eines Auslieferungantrags veranlaßt, die Auslieferung auch wirklich erfolgen ſoll. So etwas iſt trotz des — übrigens im Grunde ſehr dummen — Wortes von Ben Akiba „noch nicht dageweſen."

Die zweite Monſtroſität iſt, daß der Unterſchied zwiſchen politiſchen und gemeinen Verbrechen vollſtändig aufgehoben und die Identität beider behauptet iſt.

Die Ultrareaktionäre haben ſeit der franzöſiſchen Revolution darauf hingearbeitet, daß ſowohl in den Geſetzen als in den Begriffen der Völker die ſogenannten politiſchen Verbrechen und Verbrecher mit den gemeinen Verbrechern in einen Topf geworfen werden. Trotz aller Anſtrengungen iſt das aber den Tzſchoppe, Schmalz, Kamptz, Metternich, Gentz und Konſorten nicht gelungen. Selbſt in den ſchlimmſten Zeiten der deutſchen Demagogenhatz, zwiſchen dem Wartburgsfeſt und 1840, iſt es Niemandem eingefallen, den „Demagogen" den Charakter politiſcher Verbrecher ſtreitig zu machen; Ludwig Sand, der den deutſchen Theater-Verderber und ruſſiſchen Spion Kotzebue erdolchte, wurde als „politiſcher Verbrecher" verurtheilt und hingerichtet. Selbſt die ruſſiſche Regierung machte bis in die neueſte Zeit wenigſtens einen prinzipiellen Unterſchied, wenn ſie ihn auch in der Praxis zu verwiſchen trachtete. Bismarck hat ſeinen ſonſtigen Verdienſten um die Reaktion auch noch das hinzugefügt, die deutſchen und ruſſiſchen Abſolutiſten übertrumpft und die politiſchen Verbrechen ganz wegeskamotirt zu haben.

Nun — das iſt ein zweiſchneidiges Schwert. Wer die Grenzlinie zwiſchen politiſchem und gemeinem Verbrechen ſeinem Feinde gegenüber nicht anerkennt, darf ſich auch nicht beklagen, wenn ſeine politiſchen Feinde ihm gegenüber das Gleiche thun. Und das kann unter Umſtänden gefährlich werden.

— Die Herrſchaft der Reaktion in Deutſchland, nicht blos die direkte einer reaktionären Regierung, ſondern auch ihr Einfluß auf die ſogenannte öffentliche Meinung, zeigt ſich recht deutlich, wenn man das Verhalten eben dieſer öffentlichen Meinung in England und Deutſchland anläßlich der jüngſten Attentate vergleicht. Jedermann wird mit uns übereinſtimmen, daß das Frankfurter Attentat weit weniger geeignet war, die Gemüther aufzuregen, als das Dynamit-Attentat im Weſtminſterpalaſt in London. Wo iſt aber auch nur ein engliſches Blatt, welches aus Anlaß dieſes Attentats ein Anarchiſtengeſetz, eine Maßregel à la kleinen Belagerungszuſtand verlangt hätte? Selbſt die enragirteſten Ordnungsblätter beſchränkten ſich darauf, eine Vermehrung des Polizeiperſonals, insbeſondere der geheimen Polizei, zu verlangen — aber einer Erweiterung der Befugniſſe der Polizei in Bezug auf die politiſchen und bürgerlichen Verhältniſſe redete Niemand das Wort.

„Man hat ſich dahin geäußert, daß die jüngſten diaboliſchen Ausſchreitungen gegen die öffentliche Sicherheit die Wirkung haben werden, das engliſche Volk bereitwilliger zu machen, ſich den Durchſuchungs- und Unterdrückungsmaßregeln der kontinentalen Regierungen zu unterwerfen. Wir können dem nicht zuſtimmen. Mögen alle erdenkbaren Vorſichtsmaßregeln gegen die Fabrikation, den Verkauf und die Benutzung von gefährlichen Sprengſtoffen ergriffen werden; man behandle ſie wie die Gifte und umgebe ihre Herſtellung mit ähnlichen Kautelen. Aber laßt uns nicht, als ein Volk, der Vernichtung der Freiheit die Hand bieten, in dem Beſtreben, uns gegen die Verſchwörungen derjenigen zu ſchützen, welche die gehorſamen Agenten unſichtbarer Tyrannen ſind."

So ſchreibt, einige wenige Tage nach dem Attentat, der „Standard", das Hauptorgan der engliſchen Konſervativen! Wie anders dagegen in Deutſchland, dem Land der „freien Frommen"! Kaum war das Rumpf-Attentat geſchehen, ſo ſtand auch ſofort die Verhängung des Belagerungszuſtandes über Frankfurt am Main und Umgegend auf der Tagesordnung, nicht nur der Bismarck'ſchen Preßreptilien, ſondern der geſammten Organe der „öffentlichen Meinung". Der deutſche Normalbürger hat ſich eben vollſtändig daran gewöhnt, daß überall politiſche Freiheit und politiſches Recht als ein Geſchenk von der Regierung zu betrachten ſeien, mit welchem dieſelbe jeden Augenblick nach Belieben verfügen kann, und auf das man nur durch abſoluten Gehorſam einen beſcheidenen Anſpruch erwirbt. Ja, was in England nicht geſchah, geſchah in Deutſchland. Deutſche Blätter, und natürlich obenan die nationalliberal-konſervative Kanzlerpreſſe redeten auf's Eifrigſte Ausnahme-Maßregeln für England das Wort, freilich, wie man geſehen, mit wenig Erfolg. Die Engländer können ſich noch nicht auf die Höhe der deutſchen Geſinnungstüchtigkeit erheben.

Es iſt ein niederträchtiger Geiſt, der heute in Deutſchland herrſcht; und wenn ſich auch, vom Mittelalter abgeſehen, das deutſche Bürgerthum ſtets durch eine gehörige Doſis von Knechtsſeligkeit auszeichnet, ſo wäre es doch falſch, nur dieſen einen Umſtand dafür verantwortlich zu machen. Nein, was wir heute ſehen, das iſt die Folge einer ſyſtematiſchen Korrumpirung der Geiſter, einer Erziehung zur Niedertracht. Und der Urheber derſelben iſt kein anderer als der große Kanzler, der „Wiederherſteller Deutſchlands", der „größte Staatsmann des Jahrhunderts". Er darf für ſich das Verdienſt in Anſpruch nehmen, die Servilität in Deutſchland in ihren verächtlichſten Erſcheinungen: Denunziationswuth und feiges Ducken vor der Gewalt, wiederhergeſtellt zu haben, und ſie thun recht daran, die Notabeln des deutſchen Bediententhums, wenn ſie jetzt den Klingelbeutel herumgehen laſſen, um ihrem Abgott zu ſeinem 70. Geburtstag ein „Ehrengeſchenk der Nation" überreichen zu können. Möchten ſie doch auch ſo viel Einſicht haben, als Gegenſtand der geplanten Ovation einen Maulkorb und eine Hundspeitſche zu wählen!

— Wie herrlich weit wir es gebracht haben. In Frankfurt am Main ſpielte ſich jüngſt ein Prozeß ab, der in der That ein Zeichen der Zeit genannt zu werden verdient. Dem Arbeiter Beyer war in einem Eheſcheidungsprozeß das Erziehungsrecht des aus der Ehe entſproſſenen Mädchens zugeſprochen worden, welchem Entſcheid ſich die Frau nicht fügen wollte und daher einen neuen Prozeß einleitete.

Nachdem das Mädchen wiederholt hin und her geführt worden, gelangte es ſchließlich in die Hände des weiland kulturkämpferiſch-nationalliberalen, jetzt antiſemitiſch-konſervativen Pfarrers von Seydewitz, der es in einer Erziehungsanſtalt in Mannheim unterbrachte. Im Laufe des Rechtsſtreites wurde plötzlich Beyer der Vorwurf gemacht, er ſei Sozialdemokrat, glaube an nichts, könne deshalb auch einen religiöſen Fond in das Herz eines Kindes nicht legen, eigne ſich wegen ſeiner Anſchauungen überhaupt nicht zur Erziehung des Kindes. Es wurden nach verſchiedenen Richtungen hin Beweiſe erhoben, die ſehr verſchieden ausfielen. Einer Frau war es „ſchrecklich", daß der Mann keinen hohen Begriff von dem Weibe habe, ihr keine Ebenbürtigkeit an der Seite des Mannes einräume. Eine andere wußte zu erzählen, daß er wohl an eine Allmacht, jedoch nicht an einen perſönlichen Gott glaube. Einer dritten Zeugin that es „in der innerſten Seele" weh, daß das Kind — welches die Schule zur größten Zufriedenheit ſeiner Lehrer beſuchte — vom Beten gar nichts wiſſe. Uebrigens wurde dem Manne das Zeugniß eines fleißigen, tüchtigen, ſtrebſamen Arbeiters gegeben. Die klägeriſche Seite ſprach einem Sozialdemokraten überhaupt die Befähigung ab, ein Kind zu einem ſittlich-religiöſen Menſchen erziehen zu können. Halte doch der Beklagte ſelbſt von der Taufe nichts. Einem ſolchen Menſchen könne man doch gewiß nicht die Erziehung eines Kindes, namentlich eines Mädchens, anvertrauen. Der Vater behauptet, er könne ſein Kind politiſch und religiös erziehen, wie er wolle: ſtreng kirchlich oder freireligiös, darein habe ihm Niemand zu reden. Das Gericht entſchied jedoch, daß dieſer Anſicht des Beklagten nicht beizupflichten ſei; es ſei vielmehr in das freie Ermeſſen des Gerichts geſtellt, wem es die Erziehung des Kindes zuſprechen wolle. Das Gericht habe ſich dahin entſchieden, das Kind der Mutter deshalb zur Erziehung zu überlaſſen, weil das Gericht annehme, daß einem Kinde für die Zukunft Ideale eingeprägt werden müßten, damit es zu einem ſittlichen Weſen herangezogen werde.

Dieſer idiotenhafte Entſcheid, deſſen Konſequenz die wäre, daß allen ſozialdemokratiſchen Eltern die Erziehung ihrer Kinder abgeſprochen werden müßte, iſt natürlich nicht auf beſondere Frömmigkeit der Richter zurückzuführen, ſondern einfach auf ihre geſinnungsloſe Liebedienerei. Die Herren folgen dem Wind, der von oben her weht. Es ſind dieſelben Ehrenmänner, die im Attentatsſommer 1878 wegen der harmloſeſten Aeußerungen 2, 3 Jahre Gefängniß verhängten, weil — „die Verhältniſſe" ſo lagen. Seitdem von oben her die kirchliche Heuchelei als Pflicht jedes königstreuen Mannes proklamirt worden iſt, halten es alle, die ſich zu den „Edelſten und Beſten" der Nation der Denker zählen, für ihre Pflicht, Frömmigkeit zu heucheln. Nicht England — Deutſchland iſt heute das Heuchelland par excellence! Es ſollte heute nur einer in Deutſchland den zehnten Theil von dem über die Religion ſagen, was Bradlaugh, Foote ꝛc. in England jeden Tag in öffentlicher Verſammlung, vor Tauſenden von Zuhörern unverholen ausſprechen, und ſofort hätte ihn der Staatsanwalt beim Wickel. Es iſt ein Glück für Göthe, daß er vor 100 Jahren gelebt, heute würde der große Heide von der gebildeten Geſellſchaft verfehmt, geächtet werden. „Sittlich-religiös", das iſt die Parole einer Geſellſchaft, deren Creme man in Berlin zwiſchen 12 und 2 Uhr Nachts im Café Bauer im tête à tête mit Soldaten treffen kann.

Und dieſe jedes wirklichen Ideals baare Geſellſchaft erfrecht ſich, einen Arbeiter, der die Konſequenz des heutigen Wiſſens gezogen und mit den kindiſchen Vorſtellungen der Bibel gebrochen hat, das Recht abzuſprechen, ſein Kind zu erziehen! In der That, wir haben es herrlich weit gebracht!

— Die „Fruktifikation" der Rumpf-Affaire wird nicht blos von Seiten der Bismarck'ſchen Polizei und Polizeiregierung betrieben, ſondern auch, und zwar wohl kaum mit geringerem Eifer, von Seiten der ſogenannten bürgerlichen Demokratie. Wir ſagen „ſogenannten", denn das iſt weder bürgerlich — außer im Sinne des Spießbürgerlichen —, noch iſt es Demokratie — ſondern höchſtens ihre Karrikatur.

Genug — gleich an die erſte Nachricht von dem Attentat wurde in ſämmtlichen demokratiſchen und fortſchrittlichen Blättern — die „Frankfurter Zeitung" voran — die Meinungsäußerung geknüpft: jetzt werde die Verhängung des kleinen Belagerungszuſtandes allgemein als unvermeidlich betrachtet. Und ſeitdem ſind ähnliche Bemerkungen, die ſich inzwiſchen zu der poſitiven Nachricht, der Belagerungszuſtand ſei beſchloſſene Sache, verdichtet haben, Tag für Tag in der demokratiſch-fortſchrittlichen Preſſe aufgetaucht, während in der konſervativen und gouvernementalen Preſſe von ſolchen Andeutungen und Ankündigungen durchaus nichts zu finden iſt.

Schon bei früheren Gelegenheiten, als der „Kleine" für Elberfeld-Barmen und Frankfurt a/M. in Ausſicht ſtehen ſollte, beobachtete die demokratiſch-fortſchrittliche Preſſe eine ähnliche Taktik.

Es trifft hier das bekannte engliſche Sprichwort zu: „The wish is the father of the thought" — der Wunſch iſt der Vater des Gedankens.

Der „kleine" Belagerungszuſtand über Frankfurt und den ganzen Rhein-Maingau verhängt — das wäre ein gefundenes Freſſen für die Herren Sonnemann und Kompagnie, die ſich dann unter der ſchirmenden Polizei-Aegide von ihrer Niederlage erholen und wieder das Heft in die Hände bekommen könnten. Oder richtiger: hoffen, es in die Hände zu bekommen. Denn beim Hoffen würde es allerdings ſein Bewenden haben.

Das Beiſpiel von Berlin, Hamburg-Altona und Leipzig hat den Beweis geliefert, daß der kleine Belagerungszuſtand, weit entfernt, die Sozialdemokratie zu erdrücken oder auch nur niederzudrücken, ihr im Gegentheil größere Kraft verleiht und raſchere Ausbreitung ſichert. Herr Sonnemann würde unzweifelhaft dieſelbe Erfahrung machen. Die Sozialdemokratie iſt wohl die lachende Erbin der anderen Parteien, hat aber ſelber keine Erben, weil ſie ſich unverwüſtlicher Geſundheit und unzerſtörbaren Lebens erfreut.

Was die Abſichten der Polizei und der Polizeiregierung betrifft, ſo haben wir einfach an unſere früheren Mittheilungen zu erinnern. Frankfurt allein unter dem Belagerungszuſtand — das iſt zu wenig; und die Ausdehnung über Offenbach, Darmſtadt, Mainz u. ſ. w. kann ohne Zuſtimmung der heſſiſchen Regierung nicht erfolgen, und dieſe ſcheint keine Luſt zu haben, die ſtärkſte und zahlreichſte Partei im Lande — das ſind wir nach der letzten Wahlſtatiſtik — zu unverſöhnlich Feinden zu machen und ſich damit jeder Möglichkeit des Widerſtand gegen die Bismarck'ſche Zentraliſations- und Mediatiſirungs-Politik z berauben. Speziell der Großherzog von Heſſen betrachtet Alles, wa von Berlin kommt, mit großem Mißtrauen, ſeit er ſich überzeugt ha daß ihm der böſe Kolemine-Skandal in der Wilhelmſtraße od in Friedrichsruhe eingebrockt worden iſt.

Indeß auf derartige Gefühlsregungen legen wir natürlich keinen Werth hält Bismarck es im Intereſſe ſeiner Politik für nothwendig, daß de „Kleine" über die heſſiſche „Umgegend" von Frankfurt verhängt wird ſo ſetzt er ſeinen Willen auch durch.

— Die Preſſe, und, wie geſagt, nicht zum Mindeſten die bürger lich-demokratiſche, hat es ſich natürlich nicht nehmen laſſen, dem Fran furter Polizeirath wahre Ströme von Krokodilsthränen nachzuweinen Man ſollte meinen, der Beſchützer des Horſch ſei ein wahres Muſte von Ehrenmann geweſen, den Pflichttreue und Menſchenliebe gleich au zeichneten. Das Motiv zu dieſer Verherrlichung eines notoriſchen Stre bers iſt nicht nur in der gedankenloſen Befolgung des in der Politi abſolut unzuläſſigen De mortuis nil nisi bene (Von den Todten ſo man nur Gutes reden) zu ſuchen, ſondern in der Liebedienere der Einen und der bodenloſen Feigheit der Anderen. Durch An ſtimmen ihrer Lobeshymnen auf Rumpf wollten ſich dieſe Leute von dem Verdacht reinigen, als hegten ſie irgend welche Sympathie mit ſeinem Mörder.

Unter dieſen Umſtänden halten wir es für unſere Pflicht, eine Cha rakteriſtik des Rumpf, welche das „Philadelphia Tagblatt" unmittelba nach Eintreffen der telegraphiſchen Nachricht von dem Frankfurte Attentat brachte und welche den Stempel der Zuverläſſigkeit an de Stirne trägt, hier folgen zu laſſen.

Unter dem Titel: „Einer, der Rumpf kennt", ſchreibt das genannt Blatt:

„Ein jetzt in Philadelphia anſäſſiger Arbeiter, welcher zehn Jahr lang und bis zum Jahre 1880 in Frankfurt anſäſſig war, ſich hervor ragend an der Arbeiterbewegung betheiligte und mehrfach in unfre willige Berührung mit dem Polizeiſchuft kam, macht uns Mittheilunge über die Perſönlichkeit Rumpf's. Mit Rückſicht darauf, daß die Ange hörigen unſeres Gewährsmannes in Frankfurt, ſowie die anderen i der Unterredung erwähnten Perſonen bei den jetzigen Polizeizuſtände in Deutſchland der Maßregelung ausgeſetzt wären, laſſen wir al Namen weg.

„Rumpf war — ſagt unſer Gewährsmann — von Poſtur über Mittel größe, hatte ganz das Ausſehen eines alten Militärs, trug einen ſtarken Schnurrbart, doch wieſen ſeine ſchlaffen Züge auf ein zügelloſes Lebe hin. Seine ſtets halb zugekniffenen Augen hatten einen lauernden Aus druck, doch ſuchte er dies, ſo gut es ging, zu verbergen.

„Im geſellſchaftlichen Leben ſoll er zurückhaltend und ſchweigſam ge weſen ſein. Wenn er einen Gefangenen vor ſich hatte, nahm er ei biedermänniſches Weſen an, war ruhig, beinahe ſanft in ſeinen Fragen ſuchte ſich in das Vertrauen einzuſchleichen. Zu dieſem Zwecke ſtellte e die Sache als geringfügig hin und verſprach alles mögliche Günſtig bei einem vollen Geſtändniß.

„Die Parteigenoſſen kannten ihn und verhielten ſich zugeknöpft. So bald Rumpf das bemerkte, veränderte er ſein Weſen; er drohte, fluch und verſuchte es mit Einſchüchterung. Half auch das nichts, ſo ſpielte e wieder den Gelaſſenen, ſetzte ſeinem Gegenüber ruhig auseinander, we ches Schickſal ſeiner harre, wenn er nicht ausſage, ſchilderte die Schrecke einer langen Unterſuchungshaft, die Nothlage der Familien, deutete ve ſteckt auf ſeine Macht hin, ſtellte günſtige Verwendung in Ausſicht, kur verſuchte jedes Mittel, um Geſtändniſſe zu erzielen.

„Seine Macht wendete er auf willkürlichſte Weiſe an. Leute, die e verhaften ließ und welche nicht wußten, daß ſie ein Recht darauf hatten binnen 24 Stunden ein gerichtliches Verhör zu verlangen, ließ er ac Tage und länger ſitzen. Kam dann die Sache durch Beſchwerde beim Gefängnißinſpektor an den Tag, ſo gab es irgendwelche nichtswürdig Entſchuldigungen.

„Rumpf ſchonte auch die Familien ſeiner politiſchen Opfer nicht; e ſuchte die Frauen und Kinder derſelben gegen ſie aufzuhetzen und ſie z Ausſagen zu verleiten. Ein charakteriſtiſcher Fall iſt der eines jetzt i dieſem Lande befindlichen Maſchiniſten,*) den Rumpf auf zwei Jahre in Gefängniß brachte. Rumpf hielt Hausſuchung bei der Braut deſſelben während der Bräutigam in Haft war. Er verſuchte ſie zu bewegen, da Verhältniß aufzugeben, indem er ihren Geliebten als einen Ausbun von Schlechtigkeit hinſtellte u. ſ. w. In dieſem Falle wie auch ſonſt o kam Rumpf übel an, denn die reſolute Frankfurterin kanzelte ihn der maßen ab, daß er ſeine Ruhe verlor und wuthſchnaubend den Rückzu antrat.

„Einſt hielt er bei einem Parteigenoſſen eine Hausſuchung mit de gewöhnlichen negativen Reſultat. Da ſtöberte er aber ein kleines Quan tum in ein Papier eingeſchlagene Bronze auf. Jetzt glaubte er eine Fang gemacht zu haben. Sofort wandte er ſich an den Arbeitgeber de Betreffenden mit der Frage, ob die Bronze vielleicht aus ſeinem Geſchäf geſtohlen worden ſei. Natürlich hatte er ſich ſchon auf ein Ja gefreu um den Mann, dem er wegen politiſcher „Verbrechen" nicht beikomme konnte, wegen Diebſtahls verhaften zu können. Aber auch hier fiel e ab. Es wurde ihm ſchroff bedeutet, daß der Arbeiter im Auftrage de Firma zu Hauſe arbeite und das Material dazu von ihr bekomme habe.

„Rumpf war allgemein verhaßt, nicht blos bei den Arbeitern, dere Organiſationen, gewerkſchaftliche wie politiſche, er ſtets beſchnüffelte. Di alten Frankfurter verachteten den Streber gründlich, weshalb er meiſten auf den Verkehr mit Seinesgleichen angewieſen war und in bürgerliche Kreiſen wie ein Auswürfling gemieden wurde." —

Die letztangeführte Thatſache iſt durch die Nichtbetheiligung bei de Beerdigung Rumpf's in draſtiſcher Weiſe beſtätigt worden, trotzdem di Preſſe eben dieſer Frankfurter Bürger ihr Menſchenmögliches in ſittliche Entrüſtung leiſtete. Deutſchland iſt nun einmal das Land, wo dieſe Artikel am beſten gedeiht. Nirgends in der Welt iſt man ſo moraliſ — entrüſtet. Im Stillen empfindet man dann eine um ſo „höhere Genugthuung.

Um aber zum braven Rumpf zurückzukommen, ſo ſei hier noch ein Zuſchrift abgedruckt, welche die „Newyorker Volkszeitung" von einem ehemaligen großheſſiſchen Polizeibeamten, der jetzt in Newyor lebt, erhielt:

„Soeben leſe ich in Ihrem geſchätzten Blatt, daß Polizeikommiſſä Rumpf ermordet worden iſt. Bravo! — — — Er war einer der miß günſtigſten Menſchen, beſonders auch gegen ſeine Untergebenen; manche von dieſen zwang er, eine unbedeutende Urſache benutzend, ſein Am niederzulegen, und mußte der Unglückliche dann mit ſeiner Famili darben. Auch mich, den Unterzeichneten, ſuchte er unglücklich zu machen weil ich mit meinen Arreſtanten, einem armen Frauenzimmer, welche halb erfroren war, in ein Wirthshaus trat und ihr dort eine Taſ Kaffee kaufte."

Dieſer Einſender gab auch der Vermuthung Ausdruck, Rumpf ſe durch einen Untergebenen umgebracht worden, was wir tro Allem, was über Lieske veröffentlicht wird, keineswegs als ausge ſchloſſen halten.

— Unbefriedigte Wißbegier. Einem Privatbriefe au Paris entnehmen wir folgende beluſtigende Mittheilung:

„Seit mehreren Monaten treibt ſich hier eine junge Dame herum Namens Jenny Rereſchko. Früher angeblich Mitarbeiterin an de „Dresdener Nachrichten", will ſie hieher geſandt worden ſein, um für beſagtes Blatt Korreſpondenzen zu liefern. Da dieſe jung Dame mit einer ziemlichen Portion Unverfrorenheit ausgeſtattet iſ wurde es ihr allerdings nicht ſchwer, überall anzuklopfen, bei republi kaniſchen, der Regierung naheſtehenden Zeitungen ſowohl, als bei unab hängigen Journaliſten und Korreſpondenten auswärtiger Blätter.

Aber alle dieſe Verbindungen genügten der unternehmungsluſtige Dame nicht. Sie hat einen unerſättlichen Wiſſensdrang, und dieſer trie ſie dann, ſich bei Herrn Caubet, Direktor der „öffentlichen Sicher heit", melden zu laſſen und mit der ihr innewohnenden Beſcheidenhei (wollte ſagen: Dummdreiſtigkeit) nach den Pariſer Korreſpondenten de „Sozialdemokrat" und der „Freiheit" zu fragen.

Caubet: Da könnte Jeder kommen und derartige Fragen ſtellen wir haben nicht die Gewohnheit, über derartige Dinge Auskunft zu er theilen.

Die Redaktion.

---

*) Ibſen?

Jenny Nereſchko: Ich bin aber Jenny Nereſchko und habe Verbindungen mit der hieſigen deutſchen Botſchaft.

Caubet: Was gehen uns Ihre Verbindungen an, laſſen Sie uns damit in Ruhe.

Jenny Nereſchko: Ich werde mich bei der Botſchaft beſchweren.

Caubet: Dann können Sie ſich auch gleich darüber beſchweren, daß ich Sie habe zur Thüre hinauswerfen laſſen (flanquer à la porte).

Tableau!

Die edle Dame wird wohl bei dieſer Gelegenheit von der franzöſiſchen Höflichkeit einen ganz neuen Begriff bekommen haben. —

Nun müſſen Sie aber keineswegs annehmen, daß die franzöſiſche Polizei aus lauter unſchuldsvollen Engeln zuſammengeſetzt iſt, die Affäre „Cri du Peuple" und die letzten Vorkommniſſe hierſelbſt beweiſen gerade das Gegentheil. Man wollte ſich einfach nicht ins Handwerk pfuſchen laſſen. Da liegt der Hund begraben." . . .

Arme Jenny, ſo ſchnöde abzufallen! Und obendrein bei einem Franzoſen. Wenn's noch ein chriſtlich-germaniſcher Tugendheld geweſen wäre.

— Den Herren vom Schutz der nationalen Arbeit in's Stammbuch. Die „Basler Nachrichten" vom 31. Januar ſchreiben:

„In Geldfragen, ſagte der alte Hanſemann, hört die Gemüthlichkeit auf; Fürſt Bismarck, und das wird ihm Niemand verargen, iſt ganz und gar dieſer Anſicht. Er brauchte eine Turbinenanlage für die Papierfabriken auf ſeiner Herrſchaft Varzin, und in Folge einer von ihm ausgeſchriebenen Konkurrenzbewerbung übertrug er die Lieferung der betreffenden Arbeiten der Maſchinenfabrik J. Jak. Rieter u. Cie. in Winterthur. Trotz Schutzzoll und bedeutender Transportkoſten konnte die ſchweizeriſche Fabrik billiger liefern als ihre deutſchen Konkurrenten, und ſo erhielt ſie den Vorzug. Das rührt nicht etwa daher, daß die deutſchen Hüttenbeſitzer dem Ausland ihr Eiſen billiger liefern als dem Inland; denn dieſer Preisunterſchied des Rohmaterials wird durch den Schutzzoll auf das fertige Fabrikat übervoll ausgeglichen. Der Grund dürfte wohl in einem gewiſſen Gehenlaſſen zu ſuchen ſein, in welches jeder Induſtrielle durch einen ſtarken Schutzzoll leicht verfällt, während ſein ausländiſcher Konkurrent ſeine ganze Kraft in Bewegung ſetzt, um den ihm durch die Zölle errichteten Grenzwall zu erſtürmen. Der Sieg mag bisweilen theuer erkauft ſein, es iſt immerhin ein Sieg, und wenn der deutſche Reichskanzler keineswegs aus Patriotismus ſeine Maſchinen im Inlande beſtellt, ſobald er ſie im Auslande billiger haben kann, ſo werden wohl auch nicht die Herren Rieter u. Cie. aus purem Patriotismus, um der Schweiz die Ehre der Weltbewerbung zu ſichern, ihr Fabrikat mit Verluſt an den Mann bringen. Sie kennen ſicher auch den Spruch des ehemaligen preußiſchen Finanzminiſters, daß in Geldfragen die Gemüthlichkeit aufhört."

Vom ſozialiſtiſchen Standpunkt aus ließe ſich gegen dieſe Argumentirung Manches einwenden, vom Standpunkt der heutigen kapitaliſtiſchen Waaren produzirenden Geſellſchaft aus iſt ſie unanfechtbar. Bismarck handelt als Muſterbourgeois, wenn er ſagt: „Patriotismus hin, Patriotismus her, ich kaufe da ein, wo ich am billigſten kaufe." Die Konſequenz dieſes Prinzips iſt natürlich der Freihandel, aber dieſe Konſequenz zu ziehen iſt nicht jedermanns Sache, dazu muß man ſich über den engherzigen Krämerſtandpunkt erheben können, und — in Geldſachen hört die Gemüthlichkeit auf. Der Schutz der nationalen Arbeit heißt Schutz der nationalen Profite!

— Der Entwurf eines Arbeiterſchutzgeſetzes, welchen die von der ſozialdemokratiſchen Fraktion erwählte Siebner-Kommiſſion ausgearbeitet hat, wurde in der letzten Januarwoche von der Fraktion einer eingehenden, mehrere Sitzungen in Anſpruch nehmenden Berathung unterworfen. Im Augenblick, wo dieſes Blatt erſcheint, liegt der fertige Entwurf bereits dem Reichstag vor.

Dem Wunſche anderer Parteien, unſer Entwurf ſolle nicht als Antrag im Reichstage eingebracht, ſondern der Kommiſſion über den Hertling'ſchen Antrag als „Material" unterbreitet werden, konnten unſere Vertreter natürlich nicht entſprechen. Es würde ein ſolches Verfahren weder des Gegenſtandes noch unſerer Partei würdig geweſen ſein. Der Antrag gehört vor die Volksvertretung und vor das Volk; und die Sozialdemokratie kann ſich nicht von irgend einer andern Partei unter die Fittiche nehmen laſſen.

Da der Entwurf der großen Mehrzahl unſerer Leſer auf anderem Wege zugegangen ſein wird, ſo glauben wir von einem wörtlichen Abdruck des ſehr umfangreichen Schriftſtückes vorderhand abſehen zu können. Wir beſchränken uns auf eine ſummariſche Kennzeichnung ſeines Inhaltes.

Die Gefängniß- 2c.-Arbeit ſoll in Zukunft nur für den Bedarf der betr. Anſtalten ſelbſt, bezw. von Reich, Staat oder Gemeinde geſtattet ſein.

Ein Maximalarbeitstag für alle gewerblichen Arbeiter über 16 Jahren von 10 Stunden (Samſtags 8 Stunden), für jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren von 8 Stunden, desgleichen für Bergwerks- 2c. Arbeiter.

Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit mit den unumgänglichen Ausnahmen (Transportgewerbe, Gaſtwirthſchaften 2c.).

Verbot der Nachtarbeit, unter beſtimmter Feſtſetzung der Fälle, wo Ausnahmen zuläſſig.

Verbot der Frauenarbeit auf Hochbauten oder unter Tag (in Bergwerken 2c.).

Zuläſſigkeit des Verbotes der Beſchäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in gewiſſen gefahrvollen 2c. Betrieben.

Eine Reihe geſetzlicher Vorſchriften betr. die Fabrikordnungen. (Darunter wöchentliche Lohnzahlung, und zwar am Freitag, Verbot des Truckſyſtems, Ermöglichung des Beſuchs von Fortbildungsſchulen für jugendliche Arbeiter, beſtimmte Vorſchriften für das Lehrlingsweſen 2c.)

Die Einrichtung von Arbeitsämtern mit einem Reichs-Arbeitsamt an der Spitze, ſowie von Arbeitsämtern in Bezirken von nicht unter 200,000 und nicht über 400,000 Einwohnern. Die Arbeitskammern werden zur Hälfte aus den Vertretern der Unternehmer, zur Hälfte aus denen der Arbeiter zuſammengeſetzt, wobei jede Klaſſe für ſich wählt. Sie üben die Funktion von gewerblichen Schiedsgerichten mit bedeutend erweiterten Vollmachten (Begutachtung der Fabrikordnungen, von geſetzlichen Maßregeln 2c., Feſtſetzung von Minimallöhnen, Veranſtaltung von gewerblichen Unterſuchungen u. ſ. w.)

Die Arbeitsämter beſtehen aus einem Arbeitsrath, den das Reichsarbeitsamt aus zwei ſeitens der Arbeitskammern vorgeſchlagenen Bewerbern auswählt, ſowie dem Hilfsperſonal deſſelben. Ihnen unterſteht die Beaufſichtigung und Ueberwachung der gewerblichen Betriebe, Anordnung beſtimmter Schutzmaßregeln, die Organiſation des Arbeitsnachweiſes 2c.

Das Reichsarbeitsamt, welches der Bundesrath einzurichten hat, muß alljährlich einen Kongreß der Arbeitskammern einberufen.

Die Aufhebung aller Paragraphen der Gewerbeordnung, die den Innungen die hierhergehörigen Befugniſſe einräumen.

Feſtſetzung der Strafen für Zuwiderhandlungen gegen die beſtimmten Vorſchriften des Geſetzes. (Für Unternehmer bis zu 2000 Mk. Buße oder 6 Monate Gefängniß.)

Alles dies genau präziſirt und den betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung angepaßt.

Zum Schluß wird eine Reſolution vorgeſchlagen, welche den Reichskanzler auffordert:

a) eine internationale Konferenz der hauptſächlichſten Induſtrieſtaaten einzuberufen behufs Vereinbarung einer auf gleichen Grundſätzen beruhenden Arbeiterſchutzgeſetzgebung, als deren Norm der zehnſtündige Maximalarbeitstag, Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme beſtimmter Betriebe und Verbot der gewerbsmäßigen Beſchäftigung von Kindern unter 14 Jahren bezeichnet wird, und

b) ſtatiſtiſche Erhebungen über die Verhältniſſe der Lohnarbeiter in Bezug auf die Arbeitslöhne zu veranlaſſen.

— Die Debatte über die Handhabung des kleinen Belagerungszuſtandes fand am 31. Januar ſtatt. Unſererſeits ſprachen Singer, der ganz beſonders das Meſſen mit zweierlei Maß Seitens der Polizei kennzeichnete, Frohme, der das Spitzel- und Agents provokateurs-Syſtem brandmarkte, und Liebknecht, der Herrn Puttkamer, welcher zweimal das Wort ergriffen hatte, abführte. Von Rednern anderer Parteien ſprachen noch Köller (konſervativ), der wieder einmal ein glänzendes Beiſpiel ſeiner ariſtokratiſchen Bildung zum Beſten gab, Lenzmann (Demokrat) und Eugen Richter. Letzterer erklärte, daß diesmal ſeine Partei einſtimmig für Aufhebung des Sozialiſtengeſetzes ſtimmen werde, andernfalls werde er aus derſelben austreten. Wir wollen's abwarten.

Die Ultramontanen ſchweigen ſich aus!!

Eine ſpezielle Schilderung der Debatte wird uns wohl einer unſerer Berliner Korreſpondenten für die nächſte Nummer zugehen laſſen, für heute mag dieſe kurze Notiz genügen. z

— Die Oeffentlichkeit der Reichstagsſitzungen, wie ſie kraft der Reichsverfaſſung beſteht, iſt durch den in der letzten Nummer von uns gekennzeichneten Beſchluß des Reichstagspräſidiums jedenfalls beeinträchtigt und damit der Reichsverfaſſung zuwider gehandelt worden.

Wie wir hören, wird die Sache nächſtens im Reichstage zur Sprache gelangen, und zwar anläßlich einer Petition, welche vor Kurzem ſeitens einiger Berliner Bürger an den Reichstag gerichtet worden iſt. Wir können uns bei dieſer Gelegenheit auf intereſſante Debatten gefaßt machen.

— Die Dresdener Polizei hat eine große Anzahl öſterreichiſcher Arbeiter — meiſt Czechen — aus Dresden ausgewieſen, weil ſich dieſelben in hervorragendem Maße an der ſozialdemokratiſchen Agitation betheiligt haben ſollen. Worin dieſe Agitation beſtand, wird nicht geſagt, man weiß ja aber, was die Polizei alles unter „ſozialdemokratiſcher Agitation" verſteht.

Das internationale Bummlerthum, deſſen korrumpirender Einfluß nicht erſt geſchildert zu werden braucht, iſt von jeher in Dresden mit ganz beſonderem Entgegenkommen aufgenommen worden. Für ſo einen vornehmen Nichtsthuer exiſtirt die Polizei nicht außer als Helfershelferin; aber ein Arbeiter, das iſt eine andere Sache, dem wird auf Schritt und Tritt nachgeſpürt, ob er auch ja nicht gemeinſame Sache mit ſeinen deutſchen Arbeitskollegen macht. Nur ſo lange ſie ſich dazu hergeben, den deutſchen Arbeitern in ihren Lohnkämpfen Schmutzkonkurrenz zu machen, ſind die ausländiſchen Proletarier den Herrſchenden willkommen, dann hätſchelt man ſie ſogar, im andern Falle weiſt man ſie aus. So will es die Ordnung, ſo will es das Recht — der Ausbeutergeſellſchaft.

— Rechtszuſtände im ſchönen Heſſenlande. Aus Darmſtadt ſchreibt man uns: Unter der Anklage einer Schutzmannsbeleidigung, begangen in der Preſſe, hatte ſich im Dezember vorigen Jahres der Redakteur der „Darmſtädter Freien Preſſe", Herr Adam Leißler, vor dem hieſigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte war nämlich der Meinung, wir lebten in einem Zeitalter mit noch halbwegs ſittlichen und natürlichen Rechtsgrundſätzen und theilte ſeinen Leſern eines Abends in etwas humoriſtiſcher Weiſe mit, daß in der Erbacherſtraße ein unter dem Spitznamen „Bivak" bekannter Schutzmann des Nachts um 3 Uhr in eine Wirthſchaft eingeſtiegen ſei, dort Licht angezündet und in dem Augenblick, wo der Wirth ihn ertappt, eine Flaſche Wein liebevoll betrachtet habe. Trotzdem nun der Polizeibeamte die Thatſache keineswegs leugnete, vielmehr vorgab, er ſei in der Vorausſetzung eingeſtiegen, um Diebe aufzuſuchen, und trotzdem ſeitens der vorgeſetzten Behörde Disziplinarunterſuchung eingeleitet war, verurtheilte das Schöffengericht Leißler zu 14 Tagen Gefängniß und Tragung ſämmtlicher Koſten.

Das Gericht, hieß es, gelangte zu der Ueberzeugung, daß der Schutzmann nur ſeine volle Pflicht erfüllt habe, der fragliche Artikel in der „Freien Preſſe" dagegen eine Beleidigung nicht nur des Schutzmanns, vielmehr der ganzen Polizei involvire. Die von Leißler hiergegen eingelegte Berufung kam am 19. Januar dies Jahres vor der Strafkammer zur Verhandlung, und ſiehe da, der Redakteur kam vom Regen in die Traufe; das Urtheil des Schöffengerichts wurde ſo ziemlich mit derſelben Motivirung beſtätigt, das Maß der Strafe zwar um die Hälfte verringert, aber dem Angeklagten ſämmtliche Koſten aufgehalſt.

Nun aber kamen die Beiden, der Schutzmann Stein und der Redakteur der „D. F. Pr." zur ſelben Zeit vor die Schranken eines allerhöchſten Gerichts, wir meinen die öffentliche Meinung. Hier lautete das Urtheil aber anders: Der Redakteur der „Freien Preſſe", Herr Adam Leißler, gilt als ein ehrlicher, braver, intelligenter Menſch; der Schutzmann Stein dagegen als Muſter der Darmſtädter Polizei, als ein Individuum der niederſten Sorte, deſſen frühere Laufbahn ihn eher zum Galgen qualifizirt hätte als zum Hüter von Ordnung und Recht. Der Spitzname „Bivak" entſpricht ſeiner früheren Beſchäftigung als Louis, zu welchem Beruf ihm auch jetzt, wo er „Schutzmann" iſt, die nöthigen Eigenſchaften nicht zu mangeln ſcheinen. Ein nach dieſer Richtung hin verrufener Tannenwald war in früherer Zeit ſehr oft das Domizil des Wackeren, dem die Arbeit von jeher ein Gräuel war. Daß dieſer Ehrenmann nun, von dem die öffentliche Meinung ſagt, daß vor ſeiner liebevollen An—faſſungswuth nichts ſicher ſei als glühendes Eiſen und Mühlſteine, in der Abſicht eingeſtiegen ſei, um das Eigenthum zu ſchützen, glaubt in Darmſtadt kein Sterblicher. Seiner vorgeſetzten Behörde aber gilt er als ein Heiligthum, es vergeht kein Jahr, in dem er nicht 20 Mal als „beleidigte Staatsgewalt" vor Gericht erſcheint, und bis jetzt haben ſich noch keine Richter gefunden, die es endlich einmal müde geworden wären, immer wieder ein ſolches Subjekt ſchützen zu müſſen. Dieſen Schutz hat ihm nun in ganz beſonderer Weiſe am 19. Januar 1885 das Richterkollegium Strafkammer I zu Darmſtadt angedeihen laſſen, und man zweifelt keinen Augenblick, daß ihm eines Tages auch von „höherer Seite" wegen ſeiner beſondern Qualifikation als „Beſchützer des Eigenthums" ein Orden verliehen werden wird. Man ſieht, daß wenn auch unſere Bevölkerung noch nicht ganz reif iſt zur „Verpreußung", unſere Polizei wenigſtens gewiſſe Elemente in ſich birgt, die für dieſe Ehre bereits überreif ſind. „Etwas iſt faul im Staate Dänemark!". —nn—

— Aus der volksparteilichen Schule geſchwatzt hat Herr Mayer, der große ſchwäbiſche Demokrat und Reichsbote, indem er neulich in einer Berliner Fortſchrittler-Verſammlung die Volkspartei als Eins mit der deutſch-freiſinnigen Partei hinſtellte. Hernach hat er die Worte, die manchem ſeiner näheren Freunde nicht gefallen mochten, wegzudeuteln geſucht — das iſt ihm indeß vollſtändig mißlungen; und wir können alſo konſtatiren, daß unſere wiederholt ausgeſprochene Auffaſſung, die Volkspartei ſei nur ein Auswuchs oder Schwanz der Fortſchrittspartei, aus berufenſtem Munde ihre Beſtätigung gefunden hat.

— Ein nationalliberaler Demokrat. In dem Elberfelder Komite der „neuen demokratiſchen Partei" ſitzt ein gewiſſer Herr Ley. Dieſer Mann iſt, wie wir aus ſicherer Quelle erfahren, ein guter Nationalliberaler, der aber als „alter 48er" dann und wann noch an demokratiſchen Schlagwörtern Spaß findet, und ſich deshalb zu den „neuen" Demokraten hingezogen fühlte. Im Kopf dieſes nationalliberalen Demokraten muß es recht kraus ausſehen — freilich nicht krauſer als in den Denkerſchädeln ſeiner neuen Kollegen.

— Ha, welche Luſt, Soldat zu ſein! In der „Frankfurter Zeitung" leſen wir:

> „Kaſſel, 21. Januar. Ein höchſt bedauerlicher Unfall ereignete ſich, wie man der „W.-Ztg." mittheilt, auf der heutigen in der Umgegend abgehaltenen Hofjagd (an der die höheren Zivil- und Militärbeamten, Adelige u. ſ. w. theilnahmen), indem man vier Soldaten mittels Schrotſchüſſen verwundete. Ein Unteroffizier wurde dermaßen verletzt, daß er in's Garniſonlazareth überführt werden mußte. Es wurden nämlich zweihundert Soldaten als Treiber verwandt."

Und da gibt es noch immer Leute, welche die Nothwendigkeit der ſtehenden Heere und insbeſondere der dreijährigen Dienſtzeit bezweifeln!

Gibt's keinen fröhlichen Krieg, ſo gibt es ein fröhliches Jagen! Und iſt es ſchon ehrenvoll, den Treiber des gehetzten Wildes für die hohen Herrſchaften machen zu dürfen, um wie viel ehrenvoller iſt es für den Sohn des Volkes, der „des Königs Rock" trägt, — den das Volk bezahlt! — wenn ihn ſo eine Kugel von hoher Hand trifft. Ganz beſonders, wenn es die hohe Hand des Prinzen Leopold iſt, dieſes würdigen Sprößlings des „rothen" Prinzen Friedrich Karl!

— Nicht nur eine Erhöhung der Getreidezölle, ſondern ein ganzes Bouquet von Zollerhöhungen ſteht für die nächſte Zeit in Ausſicht. Nach dem Muſter von 1879 haben ſich bereits die Intereſſenten im Reichstage, um den Schacher ungeſtört betreiben zu können, zu einer „freien wirthſchaftlichen Vereinigung" zuſammengethan. Daß die Sozialdemokratie gegen jede Zollerhöhung ſtimmen wird, iſt ſelbſtverſtändlich.

— Anarchiſtiſches. Im Genfer „Revolté" finden wir folgende Perle:

„Die „Liberty" in Boſton tadelt in ihrer Nummer vom 3. Januar den „Revolté", weil er ſie nur mit Vorbehalt in die Zahl der anarchiſtiſchen Organe aufgenommen hat, und ſchließt die Notiz mit der Erklärung, daß es ihr zukommt, zurückhaltend in der Wahl ihrer Genoſſen zu ſein. Sie fragt uns, wie wir „die gewaltſame Inbeſitznahme aller Güter empfehlen können, ohne dadurch das anarchiſtiſche Prinzip der Freiheit in Produktion und Austauſch zu verletzen." Als Antwort darauf wiederholen wir ihr, was jeder unſerer Artikel ſagt, daß die Freiheit der Produktion die Freiheit der Konſumtion in ſich ſchließt, und folglicherweiſe die freie Inbeſitznahme der Arbeitsprodukte, wenn dieſe Produkte der Gemeinſchaftlichkeit entriſſen ſind. Unſererſeits fragen wir die „Liberty", wie ſie „die Löſung der ſozialen Frage in der Freiheit der Banken" erblicken kann, wie ihr 3. Paragraph in der Nummer vom 3. Januar erklärt. Dieſen Gedanken vermögen wir nicht zu faſſen."

Wollte Jemand eine Satire auf den „anarchiſtiſchen Kommunismus", wie ſich die neue Doktrin der Herren Anarchiſten nennt, ſchreiben, er könnte nichts Beſſeres thun, als dieſen einen Satz abdrucken: „Freie Produktion, freie Konſumtion, freier Austauſch" — frei, frei, frei! Und bei all' dieſen „Freiheiten" kann natürlich der „freie Menſch" verhungern, ſo gut wie in der heutigen Geſellſchaft, die wenigſtens für den abſolut Bedürftigen eine Pflicht der Unterſtützung anerkennt. In der „freien" Geſellſchaft gibt es dergleichen nicht, da tröſtet ſich der „freie" Menſch mit dem erhebenden Bewußtſein, daß die Gemeinſchaftlichkeit keinen Anſpruch an ihn und an ſeine Produkte hat — „keine Rechte und keine Pflichten." Und alles Das nicht als Endpunkt einer beſtimmten Entwickelung, ſondern unmittelbar auf die Ruinen der heutigen Geſellſchaft, die von Grund aus verungenirt werden muß, aufgepropft.

Welches „Ideal"!

Ferner theilt uns der „Revolté" nachfolgende intereſſante Neuigkeit mit:

„Herr Wetzlar, Polizeikommiſſar von Elberfeld-Gottſchalk, der in dem Prozeß Reinsdorf und der Anarchiſten von Niederwald als Zeuge fungirte, ſoll ſeit einigen Tagen verſchwunden ſein. Niemand weiß, was aus ihm geworden iſt.

„— — — Bravo den deutſchen Anarchiſten! Nicht viel Drohungen, aber Thaten! Das iſt mehr werth, als unaufhörlich drohen und nicht handeln."

Letzteres bezweifelt kein Menſch. Was aber den unglückſeligen Herrn „Wetzlar" anbetrifft, ſo iſt derſelbe nach ziemlich glaubwürdigen Nachrichten noch immer am Leben. —

Da wir uns heute einmal mit unſern anarchiſtiſchen Freunden befaſſen, ſo wollen wir auch gleich dem tapfern General Hans das Wort geben, ihm ſelbſt zur Genugthuung — denn nichts kränkt den Todfeind aller großen Männer mehr, als wenn man ihn todtſchweigt — und unſern Leſern zur Erheiterung. Sir John theilt nämlich ſeinen Gläubigen die Erklärung der Wiener Polizei, daß ſie keine Verſammlung dulden werde, in der Liebknecht ſpricht, in folgender, an ſein großes Vorbild erinnernden Weiſe mit:

„In Wien herrſcht bekanntlich für die Anarchiſten Belagerungszuſtand, für die „Sozialdemokraten" hingegen Quatſch-Freiheit mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung. Um nun dieſe letztere gründlich auszunützen, wurde unlängſt der berüchtigte Liebknecht nach Wien zitirt. Der ſollte den nöthigen Leim auſſtreichen, um Gimpel fangen zu können. Er kam, ſah — die Polizei, und — riß aus. Um dieſe Verduftung etwas zu bemänteln, wurde hintennach die Mähr ausgeſprengt, der große „Revolutionsſoldat" a. D. ſei ausgewieſen worden. Das war der Polizei zu dumm; daher berichtigte ſie die falſche Angabe. Nur einige ihrer untergeordneten Trabanten hatten ſich den Ankömmling, wie das einmal die Neugier ſpitzelhafter Kreaturen ſo mit ſich bringt, etwas genauer beſehen, weshalb Datterich eintrat und in wilder Flucht ſeinen Abſchluß fand. Der Polizei that das verdammt leid, und ſollen die unvorſichtigen Büttel ganz gehörige „Naſen", ob ihres undelikaten Verhaltens, bekommen haben. Liebknecht — der war ja gerade der Mann, den die Polizei in Wien gegenwärtig am beſten brauchen kann. Der ſollte ja bei öffentlicher Galavorſtellung die Anarchiſten — wie ein „wilder Mann" von der Berliner Haſenhaide die Kaninchen — bei lebendigem Leibe verſpeiſen, einige Krokodilsthränen darob vergießen und nachher waſchledernen Patent-Sozialismus dem lieben Publikum über die Ohren ſtülpen. So mußten Andere — ausgeleierte Agitationsorgeln à la Bardorf u. ſ. w. — die Aufführung leiſten; und das war ungemein langweilig und lockte keinen Hund vor den Ofen. Arme Polizei! Wir ſchlagen vor, daß im „Deutſchen Reichs- und Staats-Anzeiger" ſämmtlichen „ſozialdemokratiſchen" Abgeordneten extra eine Friedenspfeife der Polizei verſprochen wird. Das würde die Grillenberger und Komplicen ſicher anlocken und bewegen, vor verſammeltem Volke oratoriſche Schlafhauben zu ſtricken. Wir können ſolche humanitäre Vorſchläge um ſo leichter machen, als wir wir wiſſen, daß unſere Genoſſen nicht hereinfallen."

Brav gemacht, Hans.

— Oeſterreich. Eine Arbeiterverſammlung, in welcher das geplante Sozialiſtengeſetz und die Arbeitsgeſetzgebung von denen beſprochen werden ſollte, für die, oder, wie ſich die Offiziöſen ausdrücken, zu deren „Schutze" es geſchaffen werden ſoll, iſt von der hochlöblichen Wiener Polizei ohne Weiteres verboten worden. Damit hat dieſelbe wider ihren Willen den ſchlagenden Beweis geliefert, wie überflüſſig für Oeſterreich ein ſolches Geſetz iſt, welch ſchmachvoller Bevormundung ſchon heute die Arbeiter im Lande der Heuchelei und Niedertracht unterworfen ſind. Aber das Ordnungsbanditenthum iſt in dieſer Beziehung unerſättlich, ſelbſt der unbedeutendſte Schimmer von Recht, den der Arbeiter für ſich anführen kann, iſt ihm noch ein Dorn im Auge — abſolut rechtlos, ſoll der Proletarier keinen andern Willen kennen als den ſeiner Ausbeuter und den der Polizei. Aber dazu wird man den intelligenten Arbeiter unſerer Tage nie bringen, nicht nur wird er die gegen ihn gerichteten Geſetze nie anerkennen, er wird vielmehr von dem Augenblick an, da er ſelbſt außerhalb des Geſetzes geſtellt iſt, keines der beſtehenden Geſetze für bindend erachten, er wird, er muß, mag er in der Theorie noch ſo feſt von der Haltloſigkeit der Anarchie überzeugt ſein, naturnothwendig zur anarchiſtiſchen oder ſagen wir, um jeden Doppelſinn zu vermeiden, zur nihiliſtiſchen Praxis gedrängt werden. Der Nihilismus iſt das nothwendige Korrellat zur Willkürherrſchaft, und wie das jeſuitiſche Syſtem in Oeſterreich ſchon jetzt ſich als die Pflanzſchule des anarchiſtiſchen Nihilismus gezeigt hat, ſo wird es mit ſeinem Sozialiſtengeſetz nur noch Oel in's Feuer gießen. Schon heute iſt das öſterreichiſche Element die Stütze der anarchiſtiſchen Bewegung — man braucht nur einer anarchiſtiſchen Verſammlung in New-York, Chicago 2c. beizuwohnen, um ſich davon zu überzeugen. Und dieſes Verhältniß wird ſich naturgemäß noch ſteigern. Aber noch etwas Anderes wird und muß eintreten. Wie heute kein Weſteuropäer einen ruſſiſchen Revolutionär, ſo lange er ſich als ſolcher verhält, nach ſeinem ſpeziellen Glaubensbekenntniß fragt, ſondern in ihm, ſei er Anarchiſt, Sozialiſt oder ſelbſt nur bürgerlicher Radikaler, einen Kämpfer gegen den Czarendespotismus erblickt, ſo wird es in Zukunft auch den Oeſterreichern gegenüber der Fall ſein. Und wenn die öſterreichiſchen Staatsweiſen von den nothwendigen Folgen ſolcher Verhältniſſe nichts wiſſen wollen, ſo haben andere Leute alle Urſache, ſie ſich klar vor Augen zu führen.

Ueber die in Brünn ſtattgehabte Proteſtverſammlung in nächſter Nummer.

— Sozialiſtiſche Preſſe und Literatur. Vom „Weſtnik Narodnoi Woli" (Bote des Volkswillens) liegt uns der 4. Band vor. Derſelbe hat folgenden Inhalt: I. Abhandlungen: 1) Die ſoziale Revolution und die Aufgaben der Sittlichkeit, von Peter Lawroff. 2) Aus einem ſeit Langem ſtattgehabten Geſpräch. (L. Tichomiroff.) 3) Ein Held, der ſich überlebt hat. (Jg. K.) 4) Lieder über die junge Generation. 5) An unſere Tadler, von einem Offizier. 6) Die Fabrikgeſetzgebung und das Fabrikweſen in Rußland. (K. Taraſſoff.) 7) Dokumente zur Frage, wie ſich die ruſſiſchen Kaiſer am beſten ſchützen können. 8) Zeitforderungen. (L. Tichomiroff.) — II. Ausland. 9) Serbien. Hiſtoriſche Skizze der politiſchen Bewegung in Serbien von 1881—83. (W-ch.) 10) England. 11) Bibliographie. — III. Chronik. 12) Dem Andenken der ehrlich im Kampfe Gefallenen. (L. Tichomiroff.) 13) Der Anklageakt aus dem Prozeß der Vierzehn. 14) Wie es in Rußland lebt und webt. (L. Tichomiroff.) 15) Chronik des revolutionären Kampfes. 16) Nekrolog des N. G. Neuſtrojew (in Sibirien zum Tode verurtheilt und erſchoſſen). 17) Verſchiedenes.

Ueber die deutſchen Wahlen finden wir in dem „Weſtnik" folgende Notiz:

„Das Kapitel „Ausland" dieſer Nummer war bereits gedruckt, als in Deutſchland die Wahlen ſtattfanden. Daher können wir nur in aller Eile am Schluſſe der Revue dem obigen Kapitel eine Anmerkung beifügen.

Die ruſſiſche ſozial-revolutionäre Partei der Narodnaja Wolja beglückwünſcht freudig und brüderlich die deutſchen Genoſſen, die Sozialdemokraten, zu dem glänzenden Wahlſiege, den ſie errungen haben, beſonders aber zu dem großen Zuwachs der Kämpferzahl, die ihrer Fahne gefolgt iſt. Wir erwarten mit Ungeduld, wie ſie den Sieg ausnützen werden.
P. L."

„The Commonweal, the official journal of the Socialistic League." (Die Republik, offizielles Organ der ſozialiſtiſchen Liga.)

Wie ſchon der Titel beſagt, iſt das vorliegende Blatt das Organ der aus der Sozialdemokratiſchen Föderation ausgetretenen Sozialiſten. Es erſcheint vorderhand monatlich einmal. Unter ſeinen Mitarbeitern nennt es außer den bekannten Mitgliedern: S. Stepniak, A. Scheu, F. Engels, W. Liebknecht und P. Lafargue. Zu beziehen iſt es im Bureau der Liga: 27 Farrington Street E. C. London.

Die erſte Nummer enthält u. A. einen Programmartikel der Redaktion, das Manifeſt der Liga, Artikel von Belfort Bax, Ed. Aveling, J. Lane, C. T. Craig, ſowie eine Rundſchau über die internationale revolutionäre Bewegung aus der Feder von El. Marx-Aveling.

„La Question Sociale", Révue des idées socialistes etc. Paris, 52 rue Monge.

Das Programm dieſer Revue iſt den Leſern aus dem in Nr. 52 des „Sozialdemokrat" veröffentlichten Proſpekt bekannt. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir in ihr kein Konkurrenzunternehmen der „Révue socialiste" erblicken, ſondern den Vorläufer einer ſozialiſtiſchen Wochenſchrift.

Die erſte Nummer enthält Artikel von A. Goullé (Die Induſtrien von Paris), G. Lefrançais (Eine Legende, die ausgerottet werden muß), J. Le Bagre (Der Kampf gegen die Natur), P. Argyriades (Kollektivismus und Kommunismus) L. Victor-Meunier (Der Staat als Familienvater), A. Sondag (Revolutionäre Funken), drei Gedichte, eine Rundſchau und bibliographiſche Notizen.

Wir heißen beide Mitſtreiter beſtens willkommen.

Korreſpondenzen.

Barmen, 19. Januar. Ein impoſanteres Leichenbegängniß als das, welches geſtern die Arbeiter von Barmen und Elberfeld unſerem verſtorbenen Genoſſen Mengel bereiteten, iſt wohl im Wupperthale noch nicht geſehen worden. Tauſende und Abertauſende hatten ſich eingefunden, um dem ſchlichten Arbeiter, der ſein ganzes Leben der Sache ſeiner darbenden Brüder geweiht, die letzte Ehre zu erweiſen. Dem gewaltigen, etwa 10,000 Perſonen zählenden Zuge wurden fünf mit großen rothen Schleifen geſchmückte Kränze vorausgetragen, darunter einer von den Elberfelder Genoſſen, ein anderer von den Iſerlohner Genoſſen, welche durch eine Deputation vertreten waren, geſpendet. Abgeſehen von dem Verſuche der Polizei, die Kirchhofsthore zu ſperren, ein Beginnen, welches an dem gewaltigen Andrang der Maſſe kläglich ſcheiterte, verlief Alles in der beſten Ordnung. Allerdings fungirte auch an Stelle des Lumpazius Burkardt ein anderer Kommiſſar.

Mannheim, 17. Januar. Es iſt lange her, ſeit der „Sozialdemokrat" das letztemal über die hieſigen Parteiverhältniſſe berichtet hat, und doch haben wir durchaus keinen Grund, die Reſultate unſerer Bewegung im abgelaufenen Halbjahr zu verſchweigen. Im Gegentheil, wir können mit demſelben ſtolzen Bewußtſein auf unſere Wahlerfolge zurückblicken, wie faſt alle für unſere Partei in Betracht kommenden Wahlkreiſe. Ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahl waren die im September vollzogenen Stadtverordnetenwahlen, bei welchen wir, trotz der mit Hilfe der Demokraten zu unſerem Nachtheil abgeänderten Städteordnung, einen glänzenden Sieg in der dritten Wählerklaſſe erfochten und ſämmtliche Kandidaten durchbrachten. Für die Agitation unſerer Reichstagswahl mußten wir leider auf die Mitwirkung unſeres Kandidaten, Genoſſe Dreesbach, verzichten, da derſelbe während der ganzen Wahlperiode krank, und ſomit nicht in der Lage war, öffentlich aufzutreten. Es war dies auch inſofern von weſentlichem Nachtheil für uns, als infolge deſſen die beiden Bezirke Schwetzingen und Weinheim unſerſeits nur wenig berückſichtigt werden konnten. In Weinheim hatte Genoſſe Willich die Abſicht, in einer gegneriſchen Verſammlung zu ſprechen, es wurde ihm jedoch von dem dortigen Bürgermeiſter Dr. Haas das Wort nicht geſtattet. Dieſer Herr Dr. Haas hat übrigens unterdeſſen eine merkwürdige Wandlung durchgemacht, denn er iſt vom loyalen Beamten zum Revolutionär geworden, und präſentirt ſich uns heute als Parteigenoſſe. Warum — darum. Trotz dieſer ungünſtigen Situation war das Wahlreſultat ein überaus brillantes, denn unſere Stimmenzahl hat ſich zirka verdoppelt, ſo daß uns bei nächſter Wahl, und ſollte ſie ſchon dieſes Frühjahr ſtattfinden, der Sieg ſicher iſt, denn die beiden gegneriſchen Parteien waren uns nur um einige hundert Stimmen voraus, trotzdem ſich die Demokraten ſchon im erſten Wahlgang mit den Ultramontanen vereinigt hatten.

Unſere Hauptaufgabe muß nun ſein, die ländlichen Bezirke unabläſſig zu bearbeiten, nebenbei aber auch in den eigenen Reihen dem perſönlichen Egoismus, wo er ſich zeigt, energiſch entgegenzutreten.

Einen weiteren Sieg, der, wenn er richtig ausgenützt wird, für die kommunalen Verhältniſſe von Werth ſein kann, hatten wir bei der kürzlich ſtattgehabten Stadtrathswahl zu verzeichnen, wo wir unſere Genoſſen Dreesbach und Königshauſen, ſowie Herrn Schirmer, durchbrachten. Unſer Einfluß auf dem Rathhaus iſt dadurch weſentlich gefördert worden, und hängt es nur von der Energie unſerer Vertreter ab, ob unſere zunächſtſtehenden Forderungen: Unentgeltlicher Schulunterricht, Unterſuchung der Arbeiterwohnungen, Abſchaffung der Verbrauchsſteuern u. ſ. w. ihrem Ziele näher rücken. Die ausſchlaggebende Partei in der ſtädtiſchen Verwaltung iſt bis jetzt immer noch die ſogen. Demokratie, die ſich in der letzten Bürgerausſchußſitzung bei Berathung der Verlängerung des Oktroi wieder in ihrer ganzen Jämmerlichkeit zeigte, indem die Mehrzahl derſelben, trotz des energiſchen Appells von ſeiten unſerer Genoſſen Dreesbach und Pfund, für dieſe indirekte Steuer ſtimmte.

Der übliche Entrüſtungsſchwindel betreffend der vom Reichstag abgelehnten 20,000 Mark wurde natürlich auch hier in Szene geſetzt, wobei man ſo weit ging, daß ſogar die Arbeiter der Lanz'ſchen Fabrik, über deren Geſinnung kein Zweifel walten konnte, aufgefordert wurden, die Adreſſe zu unterzeichnen. Dieſe Zumuthung an die Arbeiter wurde von Herrn Lanz damit motivirt, daß er ihnen weiß zu machen ſuchte, es läge auch in ihrem eigenen Intereſſe, daß die Summe genehmigt werde, weil durch deren Ablehnung der Export ſeiner Fabrikate zu leiden hätte, was natürlich auch wieder auf die Arbeiter rückwirkend wäre. Dieſe plumpe Ausrede hatte natürlich keinen Erfolg, und es muß zur Ehre der Arbeiter geſagt werden, daß die Anzahl der Unterzeichner eine recht klägliche war. Wir hoffen, und halten es für ſelbſtverſtändlich, daß unſere Vertreter im Reichstag, im Gegenſatz zu den freiſinnigen Feiglingen, dem Votum vom 15. Dezember entſprechend konſequent bleiben und auch in dritter Leſung gegen die Forderung ſtimmen; ebenſo befinden wir uns bezüglich der andern bis jetzt ſtattgehabten Berathungen mit unſern Vertretern in Uebereinſtimmung, doch hätten wir gewünſcht, daß bei der Abſtimmung über die Dampfer-Subvention ihr Votum ein einheitliches wäre. Für entſchieden unrichtig würden wir es gehalten haben, wenn ſich die ſeinerzeit im Parteiorgan mitgetheilte Notiz beſtätigt hätte, daß unſere Abgeordneten beabſichtigen, einen Antrag auf Abſchaffung des Sozialiſtengeſetzes einzubringen. Wir halten es daher für vollſtändig korrekt, wenn ſie die Initiative zu einem ſolchen Vorgehen den Gegnern irgend welcher Kategorie überlaſſen und damit zeigen, daß uns die Exiſtenz dieſes Geſetzes total Wurſt iſt; daß wir „darauf pfeifen".

Als Nachſpiel zur Reichstagswahl hatten ſich dieſer Tage in Weinheim drei Genoſſen wegen Flugblätterverbreitung ꝛc. zu verantworten. Der fungirende Richter zeigte dabei ſo wenig Geſetzeskenntniß, daß ihm die Angeklagten den betreffenden Paragraphen bezeichnen mußten, der für ihre Strafloſigkeit entſcheidend war, und erſt nachdem er ſich aus der Gerichtsbibliothek die Gewerbeordnung herbeigeholt hatte, um ſich über die betreffende Beſtimmung zu vergewiſſern, konnte die Freiſprechung erfolgen. Damit ſchließe ich für heute mit der Bemerkung, daß in einem ſpäteren Bericht über Vereinsweſen, Zeitungsverhältniſſe und Arbeitergroſchen die Fortſetzung folgen wird.

Eßlingen. Am Donnerſtag den 8. Januar kam vor dem hieſigen Schöffengericht ein kleines Nachſpiel unſerer Reichstagswahl zur Abwicklung, welches wohl verdient, im Parteiorgan veröffentlicht zu werden. Es handelte ſich um einen Beleidigungsprozeß, den unſer Reichstagskandidat Bruno Geiſer gegen den hieſigen Schmiedmeiſter Kaſtenbauer führte. Kaſtenbauer hat ſich in recht unverſchämter Weiſe über Geiſer in einer hieſigen Wirthſchaft ausgelaſſen, indem er dort in ſeiner Krakehlermanier ſich äußerte: Geiſer habe wegen Schuldenmachen ſeiner Zeit in München durchbrennen müſſen, und jetzt ſtelle man auch noch einen ſolchen Lumpen als Kandidaten auf. Dem folgten natürlich noch eine Portion ſonſtiger freundlicher Auslaſſungen über die Sozialdemokraten im Allgemeinen. Hätte uns nicht die Abſicht getrieben, dem Krakehler, der bei jeder Gelegenheit uns öffentlich zu verunglimpfen ſucht, einmal ſein loſes Maul zu ſtopfen, ſo hätten wir vielleicht dieſen Menſchen ganz und gar ignorirt, weil wir wiſſen, daß aus ihm ja nur Dummheit und blinder Haß ſprechen. Aber erſtens trieb uns — wie geſagt — dieſe Abſicht, die Angelegenheit vor das Forum der Oeffentlichkeit zu bringen, und zweitens wollten wir einen weiteren Krakehler gemeinſten Kalibers in den Prozeß hineinziehen, was uns denn auch gelang. Es ſtellte ſich nämlich heraus, daß Kaſtenbauer nur die öffentlich ausgeſprochenen Worte des berüchtigten, gegenwärtig hier in Boley's Werkzeugfabrik in Arbeit ſtehenden ehemaligen „Parteigenoſſen" Emil Kölle*), von hier nachäffte. Letzterer ſcheint ſich nach dem Verlaſſen des Nürnberger Zellengefängniſſes zur Lebensaufgabe gemacht zu haben, die Sozialdemokraten zu verdächtigen und zu verleumden, wo es nur angeht. Dies bewies zur Evidenz ſein Benehmen bei dieſer Verhandlung, in der er als Zeuge fungirte. Nicht zufrieden damit, dem Amtsrichter gegenüber einfach das zu beantworten, worüber er befragt wurde, ſchickte ſich Kölle an, eine vollſtändige Biographie Geiſers vom Stapel zu laſſen, in der demſelben allerlei Lumpenſtückchen — lediglich vom Hörenſagen — zur Laſt gelegt wurden, bis der Amtsrichter den erbärmlichen Kerl unterbrach und ihm ſagte, daß er das nicht wiſſen wolle. Der Prozeß endigte nach einer guten Rede des Vertreters Geiſer's, Rechtsanwalt Schickler von Stuttgart, und einer ganz miſerablen unſers Seiltänzers Georgy als Vertheidiger Kaſtenbauer's mit Verurtheilung des großmauligen Schmiedmeiſters zu 25 Mark Geldſtrafe, Tragung ſämmtlicher Koſten und Bekanntmachung des Urtheils in den hieſigen Zeitungen. Gegen Emil Kölle aber, der der eigentliche Urheber der ganzen Affaire iſt, hat Geiſer nunmehr ebenfalls Klage erheben laſſen, und wird ſomit auch dieſer Menſch als überführter Verleumder der öffentlichen Verachtung anheimfallen.
J.......

---

*) Profeſſioneller Verleumder und temporärer Schützling des Züricher Konſulates, zugleich auch Münchner Angedenkens, worüber demnächſt Näheres.

Sprechſaal.

Aus Nürnberg und München gehen uns gleichzeitig Warnungen vor einem Herrn stud. techn. et liter. Seydler du Mesnil aus Oſtpreußen zu, der als Journaliſt angeblich wegen „Stöckerbeleidigung" ꝛc. flüchtig ſein will.

Nach ſeinen „Fahrten" in N., wo ihm Hilfe und Arbeit vermittelt wurde, die er füglich verließ, um ½ Jahr lang flott und „galant" zu leben ꝛc., iſt Seydler ein nichtsnutziger Abenteurer und Freibeuter. — Auch München beſtätigt, daß er ſchließlich einem Genoſſen M. 33 — „zur Fahrt nach Zürich" abge—nommen habe, woſelbſt er allerdings vor 14 Tagen gelandet iſt, und mittelſt einer leider zu ſpät gelöſchten handſchriftlichen Empfehlung Fr. 10 — Unterſtützung erhoben hat. In München will er nur 6 Wochen geweſen und von ſeinem Kneipwirth denunzirt, polizeilich ſiſtirt ꝛc. ꝛc. worden ſein. Dieſe, ſowie eine „Gefängnißgeſchichte" benützt der „reiſende Journaliſt" bei „löblichen Redaktionen" mit Vorliebe, um „Etwas locker zu machen". Er manipulirt gerne mit Zeitungsausſchnitten (Belege für ſeine journaliſtiſche Thätigkeit) und produzirt ein Packet Rezepte, als Beweis für ſeine körperlichen Leiden. Er fürchtet die Arbeit, wie er die Wahrheit meidet. Mit unſerer Partei hat er nichts zu thun, was die Genoſſen beachten mögen.

Signalement: Magere Figur, ſchlank; Stirne hervorragend; Naſe ſtumpf; Haare blond, dünn, dünnes Schnurrbärtchen; Augen grau, trägt goldene Brille. Ausſehen kränklich (wohl in Folge verlumpter Lebensweiſe). Untere Geſichtspartien etwas zurücktretend. Dialekt ſpricht er nicht. In ſeiner einſchmeichelnd ſüßlichen Redeweiſe verſteht er das Wörtchen „Herr" geſchickt einzuflechten. Trägt ſchwarze verſchnürte Studenten-Sammetpikeſche, ſchwarze Handſchuhe und Sammetmütze mit geradem Schirm (ſogenannte „Oeſterreicher") und ſchwarzweiß-rothem Beſatz.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß, daß der zu Spitzel Schmidt's Zeiten, im Mai 1882, hier aufgetauchte M. Mannebach, damals angeblich als Bautechniker hier eine Stellung abwartend, in Köln zuvor als „Feuerverſicherungs-Agent" ſich ausgebend, neuerdings als Reiſender auf „Kautſchukſtempel", mit angeblichem Domizil in München, die Schweiz wieder beſucht hat.

Er beruft ſich mit Vorliebe auf ſeine Bekanntſchaft mit älteren Kölner Vertrauensleuten und dergleichen, ſucht bekanntere Genoſſen gelegentlich auf und betont (als früherer Holzbildhauer) gerne, daß er vor 10 Jahren Mitglied des „Fachvereins der Tiſchler" in Köln geweſen ſei. Spricht gerne von „Polizeiſpionage", zeigt ſich mit der Lektüre des „Sozialdemokrat" ganz auf dem Laufenden und macht (wie 1882) fortgeſetzt den Eindruck eines „Agenten in allem Möglichen". Die Partei hat nichts mit ihm zu thun, als ihn im Auge und ſich vom Leib zu halten, wo er ſich nähern ſollte.

Signalement: Groß, grobknochig; Haare mittelblond, in's Röthliche ſchimmernd; Vollbart heller blond; Stumpfnaſe, rundlich; hellgraublaue Augen; dicke Lippen; Alter zirka über 30 Jahre. Spricht kölniſchen Dialekt. Anzug dunkelbraun.

Die Vertrauensleute.

An die Parteigenoſſen im In- und Ausland.

Es iſt mehrfach vorgekommen, daß Ausweiſe für gemaßregelte Geſinnungsgenoſſen, von bekannten Parteigenoſſen ausgehend, dahin aufgefaßt wurden, als habe der Beſitzer eines ſolchen Ausweiſes nunmehr unter allen Umſtänden auch Anſpruch auf materielle Hülfe und Unterſtützung der Parteigenoſſen. Das kann und ſoll damit nicht geſagt ſein. Solche Ausweiſe beſagen in der Regel nichts als daß der Inhaber ſeit längerer Zeit als Parteigenoſſe bekannt und kein Zweifel an ſeiner Ehrenhaftigkeit vorhanden iſt, ſie können aber keine Garantie dafür geben, daß der Inhaber auch ſpäter unter anderen Verhältniſſen ſich bewähren und ſich der Hülfe der Genoſſen werth erweiſen werde. Es muß alſo den Genoſſen von Fall zu Fall überlaſſen bleiben, wie ſie ſich auf Grund vorliegender Thatſachen Hülfeſuchenden gegenüber verhalten wollen.

Das gilt namentlich auch in Bezug auf die Ausweiſe, die ſeit einigen Jahren — und zwar ſeitdem die Berliner Polizei ſich weigert, den von ihr Ausgewieſenen Ausweiſungsordres einzuhändigen — den Ausgewieſenen ausgeſtellt wurden. Die Parteivertretung beſchloß damals, Legitimationskarten auszuſtellen, welche die Genoſſen Bebel, Grillenberger, Haſenclever und Liebknecht unterzeichnen ſollten, damit die Ausgewieſenen ſich als ſolche ausweiſen könnten. Dieſe Karten werden neuerdings auch mit durch Auer — alſo durch den gegenwärtigen Fraktionsvorſtand — unterzeichnet. Auch dieſe Karten können nichts weiter beſagen, als daß der Inhaber aus dem näher bezeichneten Belagerungszuſtandsgebiet ausgewieſen iſt und an ſeiner Parteigenoſſenſchaft und Ehrenhaftigkeit kein Zweifel beſteht, es muß aber auch hier den Genoſſen überlaſſen bleiben, in jedem einzelnen Falle zu beurtheilen, inwieweit ſie dem Einzelnen auf Grund ſeines Verhaltens helfen und ihn unterſtützen wollen.

Wahlabrechnung für Baden-Baden.

Ausgaben für Verſchiedenes	Mk.	69 25
Bezahlt für einen Inhaftirten und deſſen Familie	„	42 —
Per Agitations- ꝛc. Fonds eingeſandt	„	10 20
Summa:	„	121 45

Der Beauftragte.

In Sachen der Dampferſubvention ſind uns eine Reihe von Zuſchriften zugegangen, die wir Raummangels halber in dieſer Nummer nicht mehr veröffentlichen können. Wir nehmen deshalb in aller Kür davon Notiz, daß die Genoſſen in London ſich einſtimmig im Sinn der Züricher und Pariſer Reſolution entſchieden haben, und daß di Genoſſen im 12. und 13. ſächſiſchen Wahlkreiſe (Leipzig Stadt und Land ſich gleichfalls einſtimmig gegen die Zuſtimmung zur Dampferſubvention erklärt haben.

Briefkaſten

der Redaktion: Gaarden bei Kiel, H. R. in Londo p. n. Königsberg, K. R. in Freiburg, C. R. in Pfullingen: In nächſter Nummer.

der Expedition: Marat L.: Bwſl. 1 70 Ab. 1. Qu. erh. Ad geordn. — Nr. 1969: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — J. G. Delemont Fr. 2 35 f. Schft. erh. „Bwts." erſt bis (mit) Heft 3 lieferbar. — Dittersbach: Mk. 15 — à Cto. Ab. 1. Qu. erh. Alles nach Vorſchrif geordn. Früheres unter „Rthr. Bkr." in Nr. 49 quittirt. — G. B. G Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Adr. u. Erſ. geordn. — Beilche ſtein: Mk. 300 — à Cto. Ab. erh. Bf. Weiteres. — Feuerhanne Mk. 6 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. notirt. — Etts.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. Bſtllg. folgt. — F. P. A.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. — Rthr. P.: Statt Mk. 7 80 pr. Wſd. u. Mk. 2 70 pr. Uſd. nur Fr. 9 5 pr. Bl. erh. Aufſchluß! — M. B. Gpg.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. e — A. Höhne Newyork: (50 Doll.) Fr. 253 15 à Cto. Ab. ꝛc. erh. — Amtlb. erh. und gutgebr. Fhl. uns und A. weiterſenden. — L. Mar Lawrence: (Doll. 2 22) Fr. 11 25 pr. Ab. 3. Qu. erh. Weiteres na Wunſch. — Bern: Fr. 56 50 pr. 4. Qu. baar und Gegrchng. erh. — Die Rothen a. d. Saar: 40 Pf. Strafporto ꝛc. u. Bf. v. 31/1. e — D. R. Dd.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — J. Strt. Verviers: F 10 — Ab. pr. 1885 erh. — Ttlg.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Wah ſcheinlich aus Mangel an Courage. Weiteres anderwärts. — Nr. 68 Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. — Fuchs: Mk. 300 — à Cto. Ab. ꝛc. e Mehrbſtllg. notirt. Frdd. ſuchen zu benachrichtigen. Auszug kreuzte m Bf. v. 29/1. Schft. fort. — P. D. Alexandria: Fr 6 25 Ab. bis En Juni 85 bezahlt. — R. L. Lg.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. — K. in B.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — P. K. Brüſſel: Fr. 5 — Ab. Qu. u. Schft. erh. — Feuilleton in Nr. 1—5 event. herausſchneide Separatabdruck fehlt. 50 Cts. pr. Uſd. dkd. verw. Die „Hamburg Bürgerztg." berichtet darüber ausführlich. — C. B. L.: Mk. 10 25 f Schft. erh. Bſtllg. folgt, ſoweit thunlich. — Roderich: Mk. 8 60 Ab. u. 2. Qu. erh. Nr. 50/81 vergriffen. 40 Pf. gutgebr. — A. Lanf mann Chicago: (20 Doll.) Fr. 101 25 Cto. Ab. ꝛc. erh. — Maulw Gz.: Deckadr. war verſtümmelt, deshalb Bf. v. 30/1. verſpätet und dur fremde Hand eröffnet. Uebrigens Inh. in Ordnung. — Grachus W Weitere Dispoſition für Doppelſdg. folgt. — Zoroaſter: Bſe. v. 30 kreuzten. Bſtllg. fort. Bf. Weiteres. — Feuerländer: Adr. erh. Bſtl folgt. Bbl.'s „Fr." fraglich, da Aufl. weg. Abrchng. kreuzte mit Urkunde Kf. eilt! — -h.: Bf. v. 28/1. am 30. beantw. Betrffds. no erh.? — Bruno: Her damit! Unſerſeits bis heute Alles prompte beſorgt. — Stbrg.: Bf. v. 28/1 erh. Weiteres erw. — Der alte Roth Deſto beſſer! Mehrgeſandtes aufbewahren. Bf. folgt. — Ferd.: Bſe. 31/1. und 2/2. erh. —

Die für Parteigenoſſen zur Bewerbung ausgeſchriebene
Gießermeiſter-Stelle
iſt beſetzt, was den betr. Bewerbern zur gefl. Notiznahme hierdur mitgetheilt wird.

Durch Unterzeichnete iſt zu beziehen:

Jeſus von Nazareth.
Hiſtoriſche Studie von Georg Lommel.
Preis: 40 Pfg. (50 Cts.)

⁂

Die wahrhaftige Lebensgeſchichte des Joſua Davidſoh
Aus dem Engliſchen überſetzt von Natalie Liebknecht.
Mit einem Vorwort verſehen
von
Wilh. Liebknecht.
Preis: broſchirt Mk. 1 — (Fr. 1 25). Porto extra.

Volksbuchhandlung und **Expedition des „Soz."**
Hottingen-Zürich.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich iſt erſchienen:

Vorwärts!
Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Vol
In 4—5 Lieferungen à 30 Cts. — 40 Pfg.
Heft 3.

Enthaltend die beſten revolutionären Gedichte von **Ferd. Freiligrat** **Herwegh, Geib, Heine, Shelley,** der franzöſiſchen Arbeiter Dichter und vieler Anderen.

Vollſtändigſte Gedicht-Sammlung ſozialdemokratiſcher Tendenz.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Expedition des Sozialdemokrat. **Volksbuchhandlung.**
Hottingen-Zürich.

Zürich Samſtag, 7. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale d Reſtaurant Widder, Rennweg:

Oeffentliche
Verſammlung der deutſchen Sozialiſten.
Tagesordnung:
Die Belagerungszuſtands-Debatte im Reichstage.
Referent: Bgr. Fiſcher.

Zahlreiches Erſcheinen erwartet
Der Lokalausſchuß.
Jedermann hat Zutritt.

An unſere Korreſpondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. ſ. w. ſtets deutlich anzugeben, welch Briefe, Sendungen u. ſ. w. bis zu Abgang eingetroffen ware Bei Adreßänderungen, Adreßlöſchungen und dergleichen iſt unbeding Vorkehrung zu treffen, etwa Laufendes in ſichere Hand leiten. Alle Adreßmeldungen bitten wir in Deutſch- un Lateinſchrift (behufs Kontrole) deutlichſt zu ſchreiben.

Expedition des Sozialdemokrat.

Schweizeriſche Genoſſenſchafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich.